Deutscher Bundestag
8. Wahlperiode

Drucksache 8/328

29. 04. 77

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 4. Mai 1977
am Donnerstag, dem 5. Mai 1977

Buchdruckerei Peter Meier, 5205 St. Augustin 1 - Buisdorf, Tel. (02241) *61071
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, 53 Bonn-Bad Godesberg 1,
Postfach 821, Goethestraße 56, Tel. (02221) 363551

A. Mündliche Fragen gemäß I. der Richtlinien

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

1. Abgeordneter **Dr. Schneider** (CDU/CSU)

Bis wann ist die Bundesregierung in der Lage, den von ihr in der Stellungnahme zu dem Gesetzentwurf des Bundesrats zur Änderung des Wohnungseigentumsgesetzes – Drucksache 8/161 – in Aussicht genommenen eigenen Gesetzentwurf zur Verbesserung des Wohnungseigentumsrechts vorzulegen?

2. Abgeordneter **Zywietz** (FDP)

Welche Maßnahmen im Zusammenhang mit der Ölkatastrophe in der Nordsee gedenkt die Bundesregierung zu ergreifen, um eine vorbeugende Schadenabwehr sicherzustellen, und ist sie bereit, insbesondere die Rechte Betroffener im Schadenfalle gegenüber verantwortlichen Verursachern mit Nachdruck zu vertreten und im Fall nicht abgedeckter Restschäden selbst schnelle und unbürokratische Hilfe zu gewähren?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

3. Abgeordneter **Dr. Jens** (SPD)

Wird die Bundesregierung sich bei anstehenden Verhandlungen im Ministerrat der EG für eine Änderung der Milchmarktordnung einsetzen, so daß der Verkauf von Butter in Nicht-EWG-Länder und damit das Zahlen von Exportsubventionen in Millionenhöhe in Zukunft nicht mehr erforderlich sind?

4. Abgeordneter **Kiechle** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, im Rahmen der Förderung von Wirtschaftswegen auch die Deckenerneuerung vorhandener Wirtschaftswege, insbesondere im Hinblick auf die besondere Beanspruchung durch die Milchtankwagen, einzubeziehen?

5. Abgeordneter **Schröder (Wilhelminenhof)** (CDU/CSU)

Welche Schritte hat die Bundesregierung unternommen, um künftig den holländischen Kuttern das Fischen innerhalb der 12-Seemeilenzone vor der ostfriesischen Küste unmöglich zu machen, damit die Existenz der ostfriesischen Kutterfischer nicht weiterhin gefährdet wird?

6. Abgeordneter **Schröder (Wilhelminenhof)** (CDU/CSU)

Zu welchen Ergebnissen haben die Beschwerden und Anzeigen wegen der gleichen Übergriffe durch holländische Kutter im Jahr 1976 geführt?

7. Abgeordneter **Wolfgramm (Göttingen)** (FDP)

Wieweit wird die Bundesregierung für die Zukunft Mittel zur Beseitigung der Sturmschäden in den niedersächsischen Wäldern für die Zeit nach 1978 zur Verfügung stellen?

8. Abgeordneter **Wolfgramm (Göttingen)** (FDP)

Inwieweit hat die Bundesregierung berücksichtigt, daß bei Streichung der nationalen Mittel zwingend gemäß § 18 der Verordnung 17/64/EWG die Zuschüsse der Europäischen Gemeinschaft, die zugesagt oder bereits gezahlt sind, verlorengehen?

9. Abgeordneter **Dr. Schmidt (Gellersen)** (SPD)

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, um in den grenznahen Gebieten zu Frankreich, insbesondere im Saarland und im Raum Mannheim/Ludwigshafen gleiche Wettbewerbsbedingungen für das einheimische Bäckerhandwerk gegenüber der kostengünstigeren Konkurrenz aus den französischen Grenzregionen herzustellen und damit den fortschreitenden Verdrängungswettbewerb französischer Brothersteller einzudämmen?

10. Abgeordnete **Frau Simonis** (SPD)

Treffen Berichte zu, nach denen in der Bundesrepublik Deutschland Tankfahrzeuge, die zum Transport von Lebensmitteln benutzt werden, auch zum Transport von Säuren und nicht zur Lebensmittelherstellung benötigten Chemikalien benutzt werden, und wenn ja, was gedenkt die Bundesregierung dagegen zu tun?

11. Abgeordneter **Paterna** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß durch die von der EG-Kommission geplante Einschränkung der Butterfahrten mehr als 2 000 Arbeitsplätze bedroht sowie schwere wirtschaftliche Schäden in den Küstenländern – und zwar überwiegend im Geltungsbereich der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" – zu erwarten sind, und was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um diese Folgen zu verhindern?

12. Abgeordneter **Kuhlwein** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Verwendung des Herbizids Tormona zur Unkrautbekämpfung im Wald, und ist die Bundesregierung gegebenenfalls bereit, die Verwendung oder zumindest die Versprühung dieses Mittels aus der Luft durch geeignete Maßnahmen zu unterbinden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen

13. Abgeordneter **Dr. Bötsch** (CDU/CSU)

Bis wann ist damit zu rechnen, daß in Vollzug des Bundes-Immissionsschutzgesetzes die Entschädigungsgrenzwerte für den Straßenlärm festgelegt werden, und ist beabsichtigt, hierbei auch entscheidend das finanzielle Leistungsvermögen der Städte und Gemeinden mit zu berücksichtigen?

14. Abgeordneter **Braun** (CDU/CSU)

Beabsichtigt die Bundesregierung, den zumutbaren Lärmpegel bei 75 dB (A) durch Rechtsverordnung festzuschreiben, nachdem im Maßnahmenbereich „Schallschutzmaßnahmen an Bundesfernstraßen in Härtefällen" im Rahmen des Programms für Zukunftsinvestitionen diese Größenordnung festgelegt wurde?

15. Abgeordneter **Wolfram (Recklinghausen)** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Ölkatastrophe in der Nordsee, und was gedenkt sie in diesem Fall zu tun?

16. Abgeordneter **Dr. Freiherr Spies von Büllesheim** (CDU/CSU)

Liegt die Verkehrsuntersuchung für den deutsch-niederländischen Grenzraum inzwischen vor, und wann wird sie gegebenenfalls dem Parlament zugänglich gemacht?

17. Abgeordneter **Dr. Freiherr Spies von Büllesheim** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß eine „Werksgroup Zuid Willemsvaart" am 25. April 1977 in Amsterdam eine internationale Kommission bildete, die die Wiederinbetriebnahme der Bahnstrecke Antwerpen–Mönchen-Gladbach untersuchen wird, und ist die Deutsche Bundesbahn an dieser Kommission beteiligt?

18. Abgeordneter **Zywietz** (FDP)

Welche Auswirkungen sieht die Bundesregierung möglicherweise infolge des Ölunfalls im Ekofisk-Feld für die Unversehrtheit der Umwelt im deutschen Nordseeküstenbereich, und welche schädlichen Folgen sind insbesondere für die deutsche Fischerei und eventuell andere Erwerbszweige (z. B. den Fremdenverkehr) durch direkte und indirekte Einflüsse schon jetzt absehbar?

19. Abgeordneter **Walther** (SPD)

Welche familienpolitischen und bildungspolitischen Überlegungen haben die Deutsche Bundesbahn dazu bewogen, ab 1. Mai die Sozialtarife im Personenverkehr drastisch zu erhöhen und dabei auch die ermäßigten Geschwisterkarten im Schülerverkehr wegfallen zu lassen?

20. Abgeordneter **Dr. Geßner** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, eine gesetzgeberische Initiative einzuleiten, damit künftig, ebenso wie in den USA, in Kraftfahrzeugen Abgasfilter eingebaut werden müssen?

21. Abgeordnete **Frau Berger (Berlin)** (CDU/CSU)

Nach welchen Vorschriften richten sich die den Angehörigen der Deutschen Bundesbahn gewährten Fahrvergünstigungen, wie groß ist der begünstigte Personenkreis und nach welchen Wagenklassen wird die Vergünstigung gewährt?

22. Abgeordnete **Frau Berger (Berlin)** (CDU/CSU)

Welche Personen haben auf die Fahrvergünstigungen Anspruch, und warum werden Hinterbliebene in bestimmten Fällen selbst dann von der Fahrvergünstigung ausgeschlossen, wenn sie gegen den verstorbenen Bediensteten Anspruch auf Unterhalt hatten und somit beamtenrechtliche Hinterbliebenenversorgung oder entsprechende Renten erhalten?

23. Abgeordneter **Dr. Schmidt (Gellersen)** (SPD)

Warum kommt die Deutsche Bundespost in ihren Postleitzahlverzeichnissen für Postbenutzer nicht dem Bestreben nach einem die historischen Ortsnamen wahrenden und bürgerfreundlichen Dienstleistungsangebot entgegen, indem sie dort – wie früher – sämtliche Ortschaften mit Postdienststellen in der Weise aufführt, daß neben die postamtliche Ortsbezeichnung des Zustellungsamts zumindest auch noch die einzelne Ortschaft aufgeführt wird, und zwar entweder durch Bindestrich verbunden neben dem Zustellamt oder durch Klammerzusatz [z. B. 5330 Königswinter 1-Oberdollendorf oder 5330 Königswinter 1 (Oberdollendorf)]?

24. Abgeordneter **Niegel** (CDU/CSU)

Entspricht es den Grundsätzen der Raumordnung, insbesondere der Gerechtigkeit und der gleichwertigen Lebenschancen der Bürger des flachen Landes, wenn die Deutsche Bundespost in ländlichen Orten, insbesondere in Orten unter 200 Einwohnern, die im Zuge der Gemeindegebietsreform größeren Gemeinden zugeordnet werden, dort die bisherigen öffentlichen Fernsprechstellen auflöst und sich weigert, zumindest öffentliche Fernsprechzellen zu installieren?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

25. Abgeordneter **Dr. Wittmann (München)** (CDU/CSU)

Welches sind die 80 Punkte, über die – nach Auskunft des Regierungssprechers – die Bundesregierung mit der „DDR" verhandeln will?

26. Abgeordneter **Dr. Marx** (CDU/CSU)

Wem wirft der Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen vor, durch „ultimative Forderungen im Wahlkampf" eine angebliche Bereitschaft der DDR zur Senkung der Altersgrenze zum Stillstand gebracht zu haben, und was ist präzise mit dieser Behauptung gemeint?

27. Abgeordneter **Dr. Hennig** (CDU/CSU)

Könnte nach Ansicht der Bundesregierung § 10 des neuen Rundfunkgesetzes der DDR, nach dem „Nachrichten anderer Fernmeldedienste" weder aufgezeichnet noch anderen mitgeteilt oder für irgendwelche anderen Zwecke verwendet werden dürfen, dazu dienen, bei einer Verschärfung der innenpolitischen Situation in der DDR das alte Abhörverbot westlicher Sender von hinten herum wieder einzuführen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

28. Abgeordneter **Dr. Sperling** (SPD)

Trifft es zu, daß 1974 im Kernforschungszentrum Karlsruhe eine Erfindermeldung zur Anreicherung von Uran durch Laserstrahlen eingegangen ist, und was ist gegebenenfalls daraus geworden?

29. Abgeordneter **Dr. Sperling** (SPD)

Wie hoch sind die Einnahmen der Kernforschungszentren Karlsruhe und Jülich aus der industriellen Nutzung der dort gemachten Erfindungen und Patente?

30. Abgeordneter **Lenzer** (CDU/CSU)

Auf welche Weise wird die vom Präsidenten der USA verkündete Neuorientierung der Kernenergiepolitik die Entwicklung der beiden fortgeschrittenen Reaktorlinien SNR und HTR in der Bundesrepublik Deutschland beeinflussen?

31. Abgeordneter **Lenzer** (CDU/CSU)

Welche Strategie wird die Bundesrepublik Deutschland verfolgen, um auch für die Zukunft die Option für beide Linien offenzuhalten?

32.	Abgeordneter **Dr. Spöri** (SPD)	Welchen Umfang haben die bisherigen Lieferverzögerungen Kanadas gegenüber der Europäischen Gemeinschaft bei Natururan, und welche Bedingungen knüpft Kanada an eine Wiederaufnahme seiner Lieferungen?
33.	Abgeordneter **Dr. Waigel** (CDU/CSU)	Sind Feststellungen wie die des Vorsitzenden des „Bundesverbands Bürgerinitiativen Umweltschutz", Wüstenhagen, daß diese Art der Parteiendemokratie, wie wir sie haben, etwas längst Überholtes darstelle und die repräsentative Demokratie teilweise abgeschafft werden solle, Anlaß für die Bundesregierung, etwaige Untersuchungsaufträge, die Herrn Wüstenhagen erteilt worden sind, zurückzuziehen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

34.	Abgeordneter **Dr. Schäuble** (CDU/CSU)	Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß das Büro Führungskräfte zu Internationalen Organisationen einen graduierten Ingenieur, der jahrelange praktische Berufserfahrung als freiberuflicher Leiter eines Bauingenieurbüros hat, für Positionen bei internationalen Organisationen für praktisch nicht vermittelbar hält, weil der Ausbildungsabschluß eines graduierten Ingenieurs nicht einem abgeschlossenen Hochschulstudium gleichgesetzt werde, und teilt die Bundesregierung meine Meinung, daß diese Situation allen Bemühungen um mehr Chancengerechtigkeit und Durchlässigkeit in den Berufslaufbahnen auch für Nichthochschulabsolventen widerspricht?
35.	Abgeordneter **Wüster** (SPD)	Ist auch nach Ansicht der Bundesregierung der gegenwärtig vorliegende Berufsbildungsbericht in statistischer Hinsicht mit den Mängeln behaftet, die der Göttinger Wissenschaftler Martin Baethge in der „Frankfurter Rundschau" Nr. 74 vom 29. März 1977 angeführt hat, und welche Maßnahmen will die Bundesregierung ergreifen, um die statistische Qualität des Berufsbildungsberichts gegebenenfalls zu ändern?
36.	Abgeordneter **Daubertshäuser** (SPD)	Trifft es zu, daß im Berufsbildungsbericht für 1977 – wie von dem Göttinger Wissenschaftler Baethge festgestellt – die aus dem Berufsbildungssystem selbst kommenden Nachfragen (z. B. von Berufsfachschulen) nicht erfaßt sind, und will die Bundesregierung gegebenenfalls diese Gruppe künftig statistisch exakt erfassen?
37.	Abgeordneter **Daubertshäuser** (SPD)	Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Zugrundelegung der zusätzlichen Ausbildungsplätze der Handwerkskammer Osnabrück bei der Hochrechnung der Angebotszahlen für das Handwerk insofern nicht repräsentativ sein konnte, weil wegen einer Schuljahresumstellung in Niedersachsen die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen weit unterdurchschnittlich war, wie hoch schätzt die Bundesregierung die tatsächlichen zusätzlichen Ausbildungskapazitäten im Handwerk, und wie will sie künftig eine exakte Angebotsschätzung im Handwerk garantieren?

38. Abgeordneter **Peiter** (SPD)

Liegen die von dem Göttinger Wissenschaftler Martin Baethge in der Frankfurter Rundschau vom 29. März 1977 festgestellten regionalen Angebotsdisparitäten und Versorgungslücken tatsächlich vor, und ist die Bundesregierung bereit, den Einsatz des Finanzierungsinstruments des Ausbildungsplatzförderungsgesetzes im Jahr 1978 regional zu differenzieren?

Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit

39. Abgeordneter **Dr. Hüsch** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Notwendigkeit und Möglichkeit, beim Handel zugunsten der am wenigsten entwickelten Länder zu differenzieren, ohne daß das reale Importvolumen aus den Entwicklungsländern insgesamt beeinträchtigt wird?

40. Abgeordneter **Dr. Hüsch** (CDU/CSU)

Wie begründet die Bundesregierung die Tatsache, daß rohstoffreiche Entwicklungsländer durch die Praxis der Hermesversicherung bei Bürgschaften und Garantien im Vergleich zu kommunistischen Staatshandelsländern benachteiligt werden?

41. Abgeordneter **Reddemann** (CDU/CSU)

Wer hat die Bundesregierung veranlaßt, das Projekt eines Luftschiffs für den afrikanischen Güterverkehr zu entwickeln?

42. Abgeordneter **Reddemann** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung in irgendeiner Form nahegelegt worden, ein bestimmtes Unternehmen mit der Erprobung und der Entwicklung zu beauftragen, und bejahendenfalls von wem?

43. Abgeordneter **Stommel** (CDU/CSU)

Bestehen irgendwelche Zusammenhänge zwischen den Tatsachen, daß ein bestimmtes Unternehmen mit der Erprobung des Luftschiffs beauftrag wurde und daß dasselbe Unternehmen für den Wahlkampf der SPD 120 Freiflüge zur Insel Sylt durchgeführt und den Wagenpark des Unternehmens eingesetzt hat?

44. Abgeordneter **Stommel** (CDU/CSU)

Haben sich die Kosten für die Erprobung des Luftschiffs in Afrika gegenüber dem Ansatz beinahe verdoppelt, und bejahendenfalls, warum?

45. Abgeordneter **Daweke** (CDU/CSU)

Konnte das zuständige Bundesministerium nicht mit einem Minimum an Aufwand herausfinden, was der deutsche Botschafter in Ghana errechnete, daß nämlich „das neu zu bauende Lasten-Luftschiff mit 30 Tonnen Ladefähigkeit für den Abflug einer (Ghanaer) Jahresernte von etwa 500 000 Tonnen ca. 25 Jahre brauchen würde"?

46. Abgeordneter **Dr. Riedl (München)** (CDU/CSU)

Treffen Pressemeldungen zu, daß eine private norddeutsche Firma angeboten hat, das zum Transport von Lasten in Entwicklungsländern zu entwickelnde Luftschiff wesentlich billiger zu bauen und zu erproben als zunächst im Einzelplan 23 des Bundeshaushalts vorgesehen, und aus welchen Gründen ist eine Ausschreibung des Erprobungsauftrags unterblieben?

47. Abgeordneter **Dr. Riedl (München)** (CDU/CSU)	Warum hat die Bundesregierung nicht veranlaßt, daß für das Projekt eines in den Entwicklungsländern einzusetzenden Luftschiffs nicht zuerst die weit weniger kostspieligen Wirtschaftlichkeitsberechnungen und erst anschließend die technische Erprobung durchgeführt worden sind?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

48. Abgeordneter **Krockert** (SPD)	Trifft es zu, daß im Juni vergangenen Jahrs eine Viertelmillion DM aus Bundesmitteln für ein Projekt bewilligt wurde, das vorsah, deutschen Schwimmsportlern zur Leistungssteigerung Luft in einen rückwärtigen Körperteil zu blasen bzw. zu pumpen, und ist dieser Betrag tatsächlich ausgezahlt worden, obwohl nach Presseberichten die Luft im olympischen Montreal wegen mangelnder technischer Voraussetzungen – womit wohl Blasebälge oder Luftpumpen gemeint sind – offenbar ohne jede Wirkung anderweitig entwichen ist?
49. Abgeordneter **Krockert** (SPD)	Hat sich das zuständige Bundesministerium gegebenenfalls vor seiner Zusage des näheren darüber Aufschluß verschafft, welche Wirkung von der mit Bundesmitteln zu fördernden Maßnahme zu erwarten war, ob insbesondere die eingeführte Außenluft auftrieberzeugend im Körper verharren sollte?
50. Abgeordneter **Schwarz** (CDU/CSU)	Wie hat sich die Zahl der im öffentlichen Dienst beschäftigten Angehörigen von Gruppen der „Neuen Linken" im Jahr 1976 gegenüber den Vorjahren verändert?
51. Abgeordneter **Schwarz** (CDU/CSU)	Wie verteilen sich die im öffentlichen Dienst beschäftigten Angehörigen der „Neuen Linken" auf die einzelnen Zweige des öffentlichen Dienstes bzw. auf die verschiedenen Gruppen der „Neuen Linken"?
52. Abgeordneter **von der Heydt Freiherr von Massenbach** (CDU/CSU)	Was unternimmt die Bundesregierung, um die in ihrem Auftrag tätige Ministerialbürokratie dazu zu bewegen, Gesetze in eine verständliche Sprache zu fassen, die alle Bürger verstehen können, ohne den Rat leider oft auch ratloser Experten in Anspruch nehmen zu müssen?
53. Abgeordneter **von der Heydt Freiherr von Massenbach** (CDU/CSU)	Ist die Bundesregierung schon einmal auf die Idee gekommen, die Ministerialbürokratie mit der Prüfung zu beauftragen, ob es nicht viele überflüssige Gesetze und Rechtsverordnungen gibt, die im Sinne von Bürgernähe und Klarheit abgeschafft werden können, statt immer neue und immer mehr Rechtsvorschriften zu erarbeiten, die die Rechtsordnung immer verwirrender, ihren Vollzug immer teuerer und damit für die Bürger immer unverständlicher machen?
54. Abgeordneter **Feinendegen** (CDU/CSU)	Wie beurteilt die Bundesregierung den zeitlichen und finanziellen Aufwand, der nicht nur bei der öffentlichen Verwaltung, sondern auch bei Bürgern und insbesondere kleinen und mittleren Unternehmen durch die Flut von häufig unverständlich formulierten Gesetzen und Verordnungen verursacht wird, und zwar durch die auf Grund solcher Gesetze und Verordnungen notwendige Bearbeitung von Formularen und durch die Inanspruchnahme von Fachberatern?

55. Abgeordneter **Krey** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß in der Bundesgenzschutz-Unterkunft im Auswärtigen Amt unzulängliche hygienische Verhältnisse bestehen, und wenn ja, seit wann bestehen diese unzulänglichen Verhältnisse, und seit wann sind sie der Bundesregierung bekannt?

56. Abgeordneter **Krey** (CDU/CSU)

Bis zu welchem Zeitpunkt ist die Bundesregierung zu gründlichen Verbesserungen der Bundesgrenzschutz-Unterkünfte im Bundespräsidialamt und im Auswärtigen Amt bereit?

57. Abgeordneter **Klein (München)** (CDU/CSU)

Liegen der Bundesregierung auf Grund der gemäß § 3 des Verfassungsschutzgesetzes gesammelten Auskünfte, Nachrichten und sonstigen Unterlagen über verfassungsfeindliche Bestrebungen Erkenntnisse vor, denenzufolge der Vorsitzende des „Bundesverbands Bürgerinitiativen Umweltschutz", Hans-Helmuth Wüstenhagen, Ende 1947 Mitglied der Kommunistischen Partei Deutschlands geworden sein soll?

58. Abgeordneter **Klein (München)** (CDU/CSU)

Liegen der Bundesregierung auf Grund der gemäß § 3 des Verfassungsschutzgesetzes gesammelten Auskünfte, Nachrichten und sonstigen Unterlagen über verfassungsfeindliche Bestrebungen Erkenntnisse darüber vor, daß Hans-Helmuth Wüstenhagen 1948 zunächst als Korrespondent in Bayern und später als Redakteur in Ost-Berlin für das SED-Zentralorgan „Neues Deutschland" tätig war?

59. Abgeordneter **Dr. Meinecke (Hamburg)** (SPD)

Wann wird die Bundesregierung den Gesetzentwurf zur Änderung des Personenstandsgesetzes vorlegen, nachdem der 7. Deutsche Bundestag im Juni 1976 einmütig den Antrag (Drucksache 7/4940) angenommen hat, die Bundesregierung möge ein rechtlich geordnetes Verfahren schaffen, indem in Fällen von Geschlechtsumwandlungen auf Grund medizinischer Eingriffe festgestellt wird, ob die betroffenen Personen (Transsexuelle) künftig auch in rechtlicher Hinsicht dem anderen bzw. neuen Geschlecht zuzurechnen sind?

60. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)

Bezieht sich die Warnung, die die Bundesregierung wiederholt, zuletzt am 21. April 1977, vor dem Bundestag in bezug auf die Gefahren der Zusammenarbeit deutscher Organisationen in der Bundesrepublik Deutschland mit kommunistischen Organisationen ausdrücklich ausgesprochen hat (Stenographischer Bericht über die Sitzung vom 21. April 1977, Seite 1510 C), auch auf die politische Zusammenarbeit mit den Führungskräften des Zentralkomitees der kommunistischen polnischen Arbeiterpartei in Fragen der Sicherheit unseres Staats und unserer Verbündeten sowie des für die Wiener Abrüstungsgespräche einzuschlagenden Wegs?

61. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß bei Sendungen von Rundfunkanstalten des öffentlichen, insbesondere des Bundesrechts sowohl jede einseitige parteipolitische Begünstigung zu unterlassen ist (vgl. § 23 des Gesetzes über die Rundfunkanstalten des Bundesrechts), als auch das auf den Hörer und Zuschauer bezogene Freiheitsprinzip des Rundfunks es gebietet, der freien, fairen, wahrheitsgetreuen und sachlichen Information über politische Vorgänge und die verschiedenen in der Öf-

fentlichkeit dazu bestehenden Meinungen, unter Beachtung der journalistischen Rechte zu sachlicher Kritik und ihm Rahmen des gesetzlichen Auftrags, zu dienen, und wenn ja, halten sich die zahlreichen Vertreter der Bundesregierung in den Anstaltsorganen der Sender des Bundesrechts daran?

62. Abgeordneter **Ey** (CDU/CSU)

Welche Anstrengungen unternimmt die Regierung zur Weiterentwicklung der Deutschen Nationalstiftung, und wie „viele Träume" – so der damalige Bundeskanzler Brandt vor dem Plenum des Deutschen Bundestages in der Regierungserklärung 1972 (Stenographischer Bericht über die 7. Sitzung vom 18. Januar 1973, Seite 130) – haben sich bisher erfüllt?

63. Abgeordnete **Frau Matthäus-Maier** (FDP)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß es immer wieder Standesämter gibt, die den Frauen, die vor dem 1. Juli 1976 geheiratet haben und die von der im neuen Eherecht eröffneten Möglichkeit Gebrauch machen wollen, dem Familiennamen ihren Geburtsnamen voranzustellen, die unrichtige Auskunft erteilen, dies sei nicht möglich, und in welcher Weise beabsichtigt die Bundesregierung – gegebenenfalls in Zusammenarbeit mit den entsprechenden Länderbehörden –, die Standesämter auf die seit dem 1. Juli 1976 bestehende Rechtslage aufmerksam zu machen, damit Frauen, die eine Namensänderung vorzunehmen wünschen, diese Möglichkeit nicht durch eine falsche Auskunft verloren geht?

64. Abgeordnete **Frau Matthäus-Maier** (FDP)

Wie lange besteht die Möglichkeit einer solchen nachträglichen Namensänderung für Ehefrauen, die vor dem 1. Juli 1976 geheiratet haben?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

65. Abgeordneter **Dr. Schneider** (CDU/CSU)

Welcher Art sind die praktischen Lösungen für ein zeitnahes Bewertungsrecht aller bodenbezogenen Steuern, die die Bundesregierung nach einer im Bulletin Nr. 15 vom 19. Februar 1977 abgedruckten Rede des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau anstrebt, um die Bewertung des Grund und Bodens im steuerlichen und städtebaulichen Bereich einander anzugleichen, welche konkreten Vorbereitungsarbeiten hat die Bundesregierung bisher getroffen, und bis wann ist sie in der Lage, entsprechende Gesetzesvorschläge vorzulegen?

66. Abgeordneter **Dr. Häfele** (CDU/CSU)

Unterliegt der Parlamentarische Staatssekretär Offergeld in seiner Antwort auf meine mündliche Frage (21. Sitzung vom 24. März 1977, Stenographischer Bericht Seite 1371, Anlage 23) nicht einem Irrtum, indem er den alljährlich zu erstattenden Tarifbericht zur Feststellung der heimlichen Steuererhöhungen mit dem Tarifbericht nach § 56 EStG zur Einführung eines durchgehenden Tarifs verwechselt (vgl. 113. Sitzung vom 10. Juli 1974, Stenographischer Bericht, Berichterstatter Dr. Schäfer, Seite 7643, Buchstaben c und d sowie 114. Sitzung vom 25. Juli 1974, Stenographischer Bericht, Dr. Häfele, Seite 7658, Buchstaben b und c)?

67. Abgeordneter **Dr. Häfele** (CDU/CSU)

Wird die Bundesregierung künftig – ihrer bei dem Kompromiß zur Steuerreform eingegangenen Verpflichtung gemäß – im Finanzbericht „über die Auswirkungen der wirtschaftlichen Entwicklung auf die Ausgaben und die Steuereinnahmen der öffentlichen Haushalte berichten und darlegen, ob und gegebenenfalls welche Folgerungen sie daraus zieht"?

68. Abgeordneter **Ey** (CDU/CSU)

Handelt es sich bei den aufsehenerregenden Vorgängen um die Hessische Landesbank (Helaba) ganz oder teilweise um Vorgänge, die der Aufsicht des Bundesaufsichtsamts für das Kreditwesen unterliegen, und wenn ja, wie kann die Bundesregierung diese Vorgänge in Anbetracht der Tatsache erklären, daß sie durch mehrfache öffentliche Anfragen im Parlament seit Herbst 1972 auf den Fall Helaba aufmerksam gemacht worden ist?

69. Abgeordneter **Kuhlwein** (SPD)

Wie hoch sind die einmaligen und die laufenden Kosten pro Ausbildungsplatz in der Ausbildungs- und Fortbildungsstätte der Deutschen Bundesbank auf Schloß Hachenburg, und hält die Bundesregierung die Ausgaben der Deutschen Bundesbank für den Erwerb und den Ausbau des Schlosses unter dem Gesichtspunkt der Sparsamkeit bei der Verwendung öffentlicher Mittel für angemessen?

70. Abgeordneter **Hartmann** (CDU/CSU)

Welche Wohnungen, in denen im Zeitpunkt der Umwandlung oder des Verkaufs Mitglieder oder ehemalige Mitglieder der Bundesregierung oder Parlamentarische Staatssekretäre wohnten, sind seit dem 1. Januar 1972 verkauft oder in „bundeseigene Wohnungen" umgewandelt worden, an wen und zu welchem Preis erfolgten die Verkäufe?

71. Abgeordneter **Hartmann** (CDU/CSU)

Welche bundeseigenen Wohnungen in Bonn und Umgebung sind derzeit an Mitglieder oder ehemalige Mitglieder der Bundesregierung oder an Parlamentarische Staatssekretäre vermietet?

72. Abgeordneter **Regenspurger** (CDU/CSU)

Mit welchen Kosten sind die an die ehemaligen Bundesminister Bahr und Dr. Ehmke vermieteten Gebäude bei deren Einzug renoviert worden?

73. Abgeordneter **Regenspurger** (CDU/CSU)

Treffen Pressemeldungen zu, wonach das derzeit an den ehemaligen Bundesminister Bahr vermietete Gebäude früher Amtssitz des Bundesministers war und bei seinem Ausscheiden als Bundesminister in eine „bundeseigene Wohnung" umgewandelt worden ist, und welche Gründe waren gegebenenfalls hierfür maßgebend?

74. Abgeordneter **Schedl** (CDU/CSU)

Treffen Pressemeldungen zu, wonach den ehemaligen Bundesministern Bahr und Dr. Ehmke bundeseigene Wohngebäude zu Mieten überlassen werden, die unter den Mieten im sozialen Wohnungsbau liegen?

75. Abgeordneter **Schedl** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß mit den ehemaligen Bundesministern Bahr und Dr. Ehmke Vereinbarungen bestehen, wonach die betreffenden Gebäude zu einem Vorzugspreis von den derzeitigen Mietern übernommen werden können?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

76. Abgeordneter **Dr. Spöri** (SPD)	Ist der Bundesregierung bekannt, daß nach einem verbandsinternen Gutachten des Verbands deutscher Elektrizitätswerke die jahresdurchschnittliche Stromverbrauchzuwachsrate der Haushalte von 1973 bis 1980 auf 3,6 % und von 1980 bis 1985 auf 1,5 % fällt, und welche Konsequenzen zieht hieraus die Bundesregierung für die jüngst verabschiedeten energiepolitischen Eckdaten?
77. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)	Sind die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen und das Ausbildungsplatzangebot der Bauwirtschaft nach gebietsweiser Einführung der Stufenausbildung nachweisbar vergrößert worden?
78. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)	Ist die Bundesregierung bereit, eine Überprüfung der Verordnung über die Stufenausbildung in der Bauwirtschaft mit dem Ziel einer vollen Ausschöpfung des Ausbildungswillens der Bauwirtschaft vorzunehmen?
79. Abgeordneter **Dr. Diederich (Berlin)** (SPD)	Welche Schlußfolgerung zieht die Bundesregierung aus der Tatsache, daß der Berlinbeauftragte des Chemiekonzerns Hoechst die bevorstehende Massenentlassung in der zum Konzern gehörenden Spinnstoffabrik Zehlendorf in der letzten Sitzung der Berlinbeauftragten verschwiegen hat, obwohl der Bundeswirtschaftsminister in dieser Sitzung die Notwendigkeit der Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen in Berlin vordringlich empfohlen hatte?
80. Abgeordneter **Dr. Diederich (Berlin)** (SPD)	Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß in unserer Wirtschaftsordnung besonders die Großunternehmen eine Mitverantwortung für die wirtschaftliche Existenz Berlins tragen, und auf welche Weise wird sie die Verantwortungsträger der Wirtschaft motivieren, die praktischen Schlußfolgerungen daraus zu ziehen?
81. Abgeordneter **Wolfram (Recklinghausen)** (SPD)	Können sich durch die Ölkatastrophe in der Nordsee oder Katastrophen ähnlicher Art Konsequenzen für die Zukunft der Energiepolitik ergeben?
82. Abgeordneter **Ueberhorst** (SPD)	Wie beurteilt die Bundesregierung das Stromerzeugungspotential industrieller Kraftwerke für die öffentliche Stromversorgung, und kann sie die im Spiegel Nummer 14/77 hierzu genannten Zahlen und Tatsachen bestätigen?
83. Abgeordneter **Ueberhorst** (SPD)	Welche Maßnahmen wird die Bundesregierung ergreifen, um eine Verbesserung des Beitrags zur öffentlichen Stromversorgung durch die industriellen Kraftwerke zu ermöglichen?
84. Abgeordneter **Heyenn** (SPD)	Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß die Verbraucher bisher in Energiefragen fast ausschließlich von den Energieversorgungsunternehmen beraten wurden, und wird sie eine notwendige unabhängige Beratung durch die Verbraucherorganisationen in Fragen der Energieersparnis verstärkt finanziell fördern?

85. Abgeordneter **Heyenn** (SPD)	Hält die Bundesregierung die Stiftung Warentest für eine geeignete Institution, den Verbrauchern vergleichende, wertende Informationen über den Energieverbrauch und die -kosten von Haushaltsgeräten und Heizungssystemen oder die Wärmedämmung verschiedener Materialien zur Verfügung zu stellen, und welche Konsequenzen will sie bejahendenfalls daraus ziehen?
86. Abgeordnete **Frau Dr. Martiny-Glotz** (SPD)	Wie beurteilt die Bundesregierung die Möglichkeit, über DIN-Normen Einfluß auf den Energieverbrauch im privaten Bereich zu nehmen, und welche Maßnahmen wird sie ergreifen, um z. B. die Herstellung und den Verkauf von nicht genormten Kochtöpfen für Elektroherde zu verhindern?
87. Abgeordnete **Frau Dr. Martiny-Glotz** (SPD)	Wie beurteilt die Bundesregierung die langjährige Verwendung der DIN 70030 „Ermittlung des Kraftstoffverbrauchs von Kraftfahrzeugen", die zu unrealistisch niedrigen Angaben über den Benzinverbrauch führt, und in welchem Zeitraum kann der Verbraucher mit einer überarbeiteten Norm und realistischen Angaben über den Kraftstoffverbrauch von Kraftfahrzeugen rechnen?
88. Abgeordneter **Marschall** (SPD)	Wann und in welcher Form ist mit der Kennzeichnung des Energieverbrauchs von Haushaltsgeräten an allen Geräten zu rechnen, und welche Maßnahmen wird die Bundesregierung durchführen, um eine den Bedürfnissen der Verbraucher Rechnung tragende Kennzeichnung zu fördern?
89. Abgeordneter **Marschall** (SPD)	In welchen Bereichen beabsichtigt die Bundesregierung, durch Gebote und Verbote auf Energiesparmaßnahmen hinzuwirken, und denkt sie z. B. an eine Begrenzung des höchstzulässigen Kraftstoffverbrauchs bei Autos?
90. Abgeordneter **Dr. Emmerlich** (SPD)	Welche Maßnahmen sieht die Bundesregierung vor, um die Verbraucher über notwendige und mögliche Energiesparmaßnahmen zu informieren (insbesondere im Wohnbereich beim Heizen, Bauen und Stromverbrauch und beim Kraftfahrzeug), und in welcher Höhe wird sie die Verbraucheraufklärung auf diesem Gebiet zusätzlich finanziell fördern?
91. Abgeordneter **Dr. Emmerlich** (SPD)	Beabsichtigt die Bundesregierung, die Preis- und Fachaufsicht über die Energieversorgungsunternehmen und etwaige Lieferanten von Fernwärme durch gesetzgeberische Maßnahmen im Rahmen des Energiewirtschaftsgesetzes zu verschärfen, und wird sie Verbrauchervertreter in die Aufsichtsgremien einbeziehen?
92. Abgeordneter **Jungmann** (SPD)	Welche Maßnahmen beabsichtigt die Bundesregierung durchzuführen, um die Verbesserung des Energienutzungsgrads elektrischer Haushaltsgeräte zu fördern (so z. B. bei Waschmaschinen, Gefriergeräten und Wäschetrocknern), und was wird sie tun, um im Sinne einer rationellen Energieausnutzung z. B. den Einsatz von Nachtstromheizungen einzudämmen oder unrealistisch hohe Anschlußgebühren für Wärmepumpen zu beseitigen?
93. Abgeordneter **Jungmann** (SPD)	In welchem Ausmaß beabsichtigt die Bundesregierung, die Erforschung von energiesparenden Techniken und Verfahren im Verbraucherbereich zu fördern, und wie können die Erfahrungen der Stiftung Warentest auf diesem Gebiet genutzt werden?

94. Abgeordneter **Dr. Holtz** (SPD)

Durch welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung, den OECD-Richtlinien für multinationale Konzerne Geltung zu verschaffen und sich etwa für die Ausarbeitung eines internationalen Abkommens über multinationale Gesellschaften, wie es in der Entschließung 639 der Parlamentarischen Versammlung des Europarats Absatz 18 v. skizziert ist, einzusetzen und darüberhinaus auch eine Charta über die sozialen Verpflichtungen der multinationalen Konzerne herbeizuführen?

95. Abgeordneter **Dr. Holtz** (SPD)

Stimmt die Bundesregierung der Ansicht zu, daß internationale Abkommen über die Regelung und Kontrolle der Arbeitsweisen multinationaler Konzerne u. a. auch einen wesentlichen Beitrag für einen erfolgreicheren Nord-Süd-Dialog darstellen würden, und welche Folgerungen wird sie bejahendenfalls daraus ziehen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

96. Abgeordneter **Gerlach (Obernau)** (CDU/CSU)

Welche Vorstellung hat der Bundesarbeitsminister hinsichtlich des von ihm sog. Solidarbeitrags der Nichtarbeitnehmer?

97. Abgeordneter **Schedl** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, welche Gesamtsumme die bei der Rentenversicherung durch die Nachzahlung für die nachträgliche Aufnahme in die Pflichtversicherung durch Selbständige aufgelaufenen Beträge ausmachen?

98. Abgeordneter **Schedl** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung darüberhinaus bekannt, welcher Anteil der in Frage 97 genannten Gesamtsumme der Rentenversicherung in voller Höhe zugutekommt, weil ein Teil des in Frage kommenden Personenkreises aus zeitlichen Gründen die Rentenanwartschaft nicht erreicht?

99. Abgeordneter **Dr. Weber (Köln)** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß durch eine nicht dem Zweck des Konkursausfallgesetzes entsprechende Auslegung, insbesondere in Fällen der Einstellung des Konkursverfahrens mangels Masse oder des unterlassenen Konkursantrags den betroffenen Arbeitnehmern, erhebliche Schäden entstehen können, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?

100. Abgeordneter **Dr. Weber (Köln)** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, das Konkursausfallgesetz dahin auszulegen und die Bundesanstalt für Arbeit entsprechend anzuweisen, daß ein Fall der Insolvenz im Sinne des Konkursausfallgesetzes immer dann anzunehmen ist, wenn tatsächlich und unstreitig die Lohn- und Gehaltsansprüche bestehen bzw. gerichtlich festgestellt sind, und eine Zwangsvollstreckung fruchtlos ausgefallen ist bzw. der bisherige Arbeitgeber nicht mehr aufzufinden ist, oder rechtlich, z. B. durch Liquidation, Löschung im Handelsregister oder Stillegung des Betriebs dieser bzw. der Inhaber nicht mehr aufzufinden sind?

101. Abgeordneter **Dr. Enders** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit – notfalls durch eine entsprechende gesetzgeberische Initiative – darauf hinzuwirken, daß die Krankenkassen die Kosten für Kuren im Ausland bei den Krankheiten übernehmen, deren Heilung nur unter besonderen Klimabedingungen Erfolg verspricht, was sich z. B. bei Psoriasis (Schuppenflechte) erwiesen hat?

102. Abgeordneter **Dr. Enders** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit – notfalls durch eine entsprechende gesetzgeberische Initiative – darauf hinzuwirken, daß die Krankenkassen die Kosten für solche privatärztliche Behandlungsmethoden übernehmen, die z. B. bei Rheumaleiden nach erfolgloser Anwendung herkömmlicher Methoden nachweisbar allein zur Heilung führten?

103. Abgeordnete **Frau Schleicher** (CDU/CSU)

Welche Vorstellung hat der Bundesarbeitsminister hinsichtlich der Gestaltung des Ladenschlußgesetzes?

104. Abgeordneter **Brandt (Grolsheim)** (SPD)

Hat die Bundesregierung die Absicht, unter bestimmten Voraussetzungen auch geistig Behinderte in den im Personennahverkehr begünstigten Personenkreis mit einzubeziehen?

105. Abgeordneter **Brandt (Grolsheim)** (SPD)

Falls dies zutrifft, was ist bisher veranlaßt worden, um einen entsprechenden Gesetzentwurf so bald wie möglich vorzulegen?

106. Abgeordneter **Wüster** (SPD)

Trifft es zu, daß – wie die „Welt der Arbeit" Nr. 16 vom 22. April 1977 berichtet – einige Unternehmen in Niederbayern Lohnkostenzuschüsse mißbräuchlich beantragt und erhalten haben, und wie will die Bundesregierung in Zukunft sicherstellen, daß Investitionszuschüsse auch effektiv und korrekt an der richtigen Stelle verwendet werden?

107. Abgeordnete **Frau Geier** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß es nach Aussagen des Verbands der niedergelassenen Ärzte (NAV) in Köln für medizinisch-technische Apparate keine verbindlichen Qualitätsnormen – selbst in der medizinischen Nukleartechnik – gibt, was zu Mehrfachuntersuchungen infolge abweichender Meßergebnisse der verschiedenen Geräte führt, und welche Maßnahmen will die Bundesregierung gegebenenfalls treffen, um die daraus resultierenden – insbesondere finanziellen – Schäden für Privatpatienten und Krankenkassen, vor allem im Hinblick auf die Kostendämpfung im Gesundheitswesen, abzuwenden?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

108. Abgeordnete **Frau Krone-Appuhn** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß in der Fernmelde- und Radarstelle des Amt für Fernmeldewesen der Bundeswehr Hof/Saale zivile Angestellte und Soldaten bei gleicher Arbeitsleistung an denselben Geräten im Widerspruch zu tarifrechtlichen Grundsätzen unterschiedlich bezahlt bzw. besoldet werden, und was gedenkt die Bundesregierung gegebenenfalls zu tun, um hier Abhilfe zu schaffen?

109.	Abgeordnete **Frau Krone-Appuhn** (CDU/CSU)	Trifft es zu, daß im Jahr 1968 für Hubschrauberpiloten Stützgürtel angeschafft wurden, um zu verhindern, daß Rückgratschäden durch Schwingungsbelastungen entstehen, und sind Wirbelsäulenschäden, die durch Schwingungsbelastungen vor Anschaffung des Stützgürtels entstanden sind, Wehrdienstbeschädigungen im Sinne des Soldatenversorgungsgesetzes?
110.	Abgeordneter **Würtz** (SPD)	Gibt es – wie in „Flug Revue Informationen 14/77“ gemeldet – erhebliche Schwierigkeiten bei der Erprobung des Alpha-Jet Triebwerks Larzac 04, und wenn ja, wie beurteilt die Bundesregierung die finanziellen und einsatzmäßigen Folgen dieser Entwicklung für die Bundesrepublik Deutschland?
111.	Abgeordnete **Frau Erler** (SPD)	Trifft es zu, daß Offiziere der Polizei und des Militärs von Paraguay, die laut Bericht des Magazins Stern vom 28. April 1977 Hauptstützen eines Regimes sind, das sich mit Rauschgiftschmuggel und Folterungen der Bevölkerungen an der Macht hält, in der Bundesrepublik Deutschland ausgebildet werden?
112.	Abgeordnete **Frau Erler** (SPD)	Beabsichtigt die Bundesregierung gegebenenfalls auch weiterhin, diese Ausbildung im Rahmen der Militärhilfe fortzuführen?
113.	Abgeordneter **Dr. Voss** (CDU/CSU)	Hält die Bundesregierung an der von ihr vertretenen Auffassung fest (Plenarprotokoll 8/15, Seite 772), daß Flugzeuge der Flugbereitschaft BMVg jedem Parteivorsitzenden zu den gleichen Bedingungen zur Verfügung gestellt werden, wie sie dem SPD-Vorsitzenden Brandt anläßlich seiner Reise nach Israel eingeräumt worden sind, wenn auf Grund von sicherheitsmäßigen Bedenken des Bundeskanzleramts derartige Sicherheitsvorkehrungen erforderlich sind, oder hat sie auf Grund eines vorliegenden gleichartigen Falls ihre Meinung dahin gehend geändert, daß für Parteivorsitzende, die nicht den Koalitionsparteien angehören, bedeutend höhere Kosten zu fordern sind?
114.	Abgeordneter **Dr. Voss** (CDU/CSU)	Wird die Bundesregierung auch für die Israelreise des SPD-Vorsitzenden Brandt dieselben Kostensätze fordern (nämlich 9 500 DM pro Flugstunde, statt wie bisher die Kosten 1. Klasse des öffentlichen Linienverkehrs), und welche konkreten Schritte hat sie bejahendenfalls bereits eingeleitet?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

115.	Abgeordneter **Löffler** (SPD)	Ist der Bundesregierung bekannt, wie hoch im Jahr 1976 die Behandlungskosten von Krankheiten waren, die auf übermäßigen Alkoholgenuß zurückzuführen sind, und wie hat sich dieser Betrag in den letzten Jahren entwickelt?
116.	Abgeordneter **Löffler** (SPD)	Wie groß ist die Zahl der Alkoholkranken, und welcher Anteil entfällt davon auf Jugendliche?

117. Abgeordneter **Kirschner** (SPD)

Wann gedenkt die Bundesregierung aus dem derzeitigen Zustand auf dem Brotmarkt die notwendigen Konsequenzen zu ziehen und eine dem gesundheitspolitischen Bedürfnis entsprechende Gesetzesinitiative zu ergreifen?

118. Abgeordneter **Röhner** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß der Betrag, den die öffentliche Hand aufwenden müßte, wenn auf eine Selbstbeteiligung der Spätaussiedler an den Aufwendungen für die Unterbringung ihrer Kinder in Internatsschulen zwecks Heranführung an den Leistungsstand in den deutschen Schulen ganz verzichtet würde, geringer sein würde, als die gegenwärtig aufgewendeten bzw. aufzuwendenden Verwaltungskosten, die den Trägern durch Geltendmachung und Beitreibung des Selbstbeteiligungsanteils entstehen und die der öffentlichen Hand entstehen würden, wenn sie diese Beträge vorschießen und dann selbst beitreiben würde, und wenn ja, welche Folgerungen zieht die Bundesregierung daraus?

119. Abgeordneter **Röhner** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, aus diesen Erwägungen und im Interesse der Kostenersparnis für die öffentliche Hand insgesamt auf die Selbstbeteiligung der Spätaussiedler an den Kosten der für ihre Kinder notwendigen schulischen Maßnahmen einschließlich außerhäuslicher Unterbringung zu verzichten und auch diesen Restbetrag auf den Garantiefonds zu übernehmen?

120. Abgeordneter **Immer (Altenkirchen)** (SPD)

Inwieweit bestätigt die Bundesregierung Meldungen, wonach ein erneutes Anwachsen bei mißbräuchlicher Benutzung von Rauschgiften, die zu einer wachsenden Zahl von Todesfällen geführt haben, vor allem im ländlichen Raum, festzustellen ist, und in welcher Weise werden Gegenmaßnahmen ergriffen?

121. Abgeordneter **Immer (Altenkrichen)** (SPD)

Inwieweit ist die Bundesregierung in der Lage und bereit bzw. schon tätig geworden, um in Verhandlungen mit der niederländischen Regierung zu erreichen, daß auch von dort aus Maßnahmen ergriffen werden, damit die Lieferungen vom Hauptumschlagplatz (Amsterdam) für die in der Bundesrepublik Deutschland vertriebenen und benutzten Rauschgifte unterbunden werden?

122. Abgeordneter **Dr. Friedmann** (CDU/CSU)

Beabsichtigt die Bundesregierung, daran festzuhalten, daß beim Bau von Altenheimen durch gemeinnützige Wohlfahrtsverbände als Voraussetzung für eine Eigenbeteiligung der Heiminsassen seitens des Trägers 20 % Eigenkapital vorhanden sein müssen, wie dies der Entwurf einer Verordnung zu § 14 Abs. 4 des Gesetzes über Altenheime, Altenwohnheime und Pflegeheime für Volljährige (Heimgesetz) vorsieht?

123. Abgeordneter **Dr. Friedmann** (CDU/CSU)

Welche Alternativen zu dem Eigenkapitalanteil von 20 % könnten in Betracht kommen, nachdem gemeinnützige Verbände diese Voraussetzung so gut wie nicht erfüllen können?

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

124. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU)

Wie verfuhr die Bundesregierung in ihrer Informationspolitik bis jetzt gegenüber Abgeordneten der Opposition im Vergleich zu den Abgeordneten der Regierungsparteien, und wie gedenkt sie sich künftig in diesem Punkt zu verhalten?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

125. Abgeordneter **Dr. Hammans** (CDU/CSU)

Welche Abgeordneten lädt die Bundesregierung zur Begrüßung und zu Gesprächen ein, wenn ein ausländischer Regierungschef außerhalb Bonns in der Bundesrepublik Deutschland landet, wird insbesondere der Abgeordnete des Wahlkreises, gleich welcher Fraktion er angehört, eingeladen?

126. Abgeordneter **Dr. Hammans** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die Bundesregierung beim Besuch des britischen Premierministers Callaghan in Brüggen zwar den in diesem Wahlkreis nicht direkt gewählten SPD-Bundestagsabgeordneten, nicht aber den dort direkt gewählten CDU-Bundestagsabgeordneten eingeladen bzw. über den Besuch informiert hat, und wenn ja, was hat die Bundesregierung dazu veranlaßt?

127. Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU)

In welchen Fällen hat gegebenenfalls das Unterbleiben von Initiativen seitens der Bundesregierung zur Aufnahme von Gesprächen und Verhandlungen mit der DDR und den anderen kommunistischen KSZE-Teilnehmerstaaten dazu geführt, daß es noch nicht zu einer Umsetzung der Vereinbarungen über die „Zusammenarbeit in humanitären und anderen Bereichen" in der KSZE-Schlußakte von Helsinki in die Wirklichkeit gekommen ist?

128. Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU)

In welchen Fällen ist es trotz Gesprächen und Verhandlungen der Bundesregierung mit der DDR-Regierung und den Regierungen der anderen kommunistischen KSZE-Teilnehmerstaaten noch nicht zu klaren Abmachungen über die Durchführung der humanitären Vereinbarungen in der KSZE-Schlußakte gekommen?

129. Abgeordneter **Schmöle** (CDU/CSU)

In welchen Fällen haben die Vereinbarungen der Nummer 1 Buchstabe a des dritten Teils der KSZE-Schlußakte dazu geführt, daß Personen, die das Rentenalter noch nicht erreicht haben, über bereits früher erzielte Vereinbarungen hinaus aus der DDR bzw. aus anderen kommunistisch beherrschten Teilnehmerländern in der Bundesrepublik Deutschland lebende Familienangehörige besuchen dürfen, und weshalb ist eine volle Anwendung dieser Vereinbarung noch nicht erreicht worden?

130. Abgeordneter **Schmöle** (CDU/CSU)

Welches sind die Gründe, aus denen insbesondere die DDR bisher die aus Nummer 1 Buchstabe b des dritten Teils der KSZE-Schlußakte sich ergebende Verpflichtung nicht erfüllt, Familienzusammenführungsanträge „in positivem und humanitärem Geist unter besonderer Berücksichtigung von Gesuchen dringenden Charakters“ zu behandeln, und wird die Bundesregierung dieses Verhalten der DDR bei der Belgrader Folgekonferenz zur Sprache bringen?

131. Abgeordneter **Böhm (Melsungen)** (CDU/CSU)

Weshalb ist die Vereinbarung in Nummer 1 Buchstabe d des dritten Teils der KSZE-Schlußakte von der DDR und den anderen kommunistischen Teilnehmerstaaten der KSZE bisher nicht erfüllt worden, wonach Möglichkeiten für „umfassendere Reisen ihrer Bürger aus persönlichen und beruflichen Gründen“ entwickelt werden sollen, und welche Schritte wird die Bundesregierung bei der KSZE-Folgekonferenz in Belgrad unternehmen, um diese Staaten zur Erfüllung der Vereinbarungen anzuhalten?

132. Abgeordneter **Graf Huyn** (CDU/CSU)

Weshalb werden die Vereinbarungen in Nummer 1 Buchstabe c des dritten Teils der KSZE-Schlußakte, wonach Gesuche auf Ausreise aus der DDR und anderen kommunistisch beherrschten KSZE-Teilnehmerländern zum Zwecke der Eheschließung wohlwollend und auf der Grundlage humanitärer Erwägungen behandelt werden sollen, von diesen Staaten bisher nur in Ausnahmefällen beachtet, und wird die Bundesregierung dieses Verhalten bei der Belgrader Folgekonferenz zur Sprache bringen?

133. Abgeordneter **Graf Huyn** (CDU/CSU)

Weshalb lehnen es die DDR und andere KSZE-Teilnehmerstaaten in zahlreichen Fällen ab, die Vereinbarungen in Nummer 1 Buchstabe c Absatz 3 des dritten Teils der KSZE-Schlußakte zu erfüllen, wonach u. a. minderjährigen Kindern die Verlegung ihres Wohnsitzes in den Staat gestattet werden soll, in dem ihre Eltern normalerweise ansässig sind, und wird die Bundesregierung diese Fälle bei der KSZE-Folgekonferenz in Belgrad zur Sprache bringen?

134. Abgeordneter **Lagershausen** (CDU/CSU)

Weshalb ist es zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR sowie anderen kommunistisch beherrschten KSZE-Teilnehmerstaaten noch nicht zu bilateralen oder multilateralen Vereinbarungen gekommen, mit denen gemäß Nummer 1 Buchstabe f des dritten Teils der KSZE-Schlußakte „auf kurz oder langfristiger Grundlage die Vermehrung des Austausches und der Kontakte unter der Jugend, die in der Arbeit, in der Ausbildung oder im Studium steht“ herbeigeführt werden soll, und wird die Bundesregierung dieses Unterlassen der kommunistischen Teilnehmerstaaten auf der KSZE-Folgekonferenz in Belgrad zur Sprache bringen?

135. Abgeordneter **Lagershausen** (CDU/CSU)

Inwieweit ist es auf Grund der Vereinbarungen in Nummer 1 Buchstabe g des dritten Teils der KSZE-Schlußakte gegenüber bereits vorher bestehenden Abmachungen zu einer Erweiterung des Sportverkehrs mit den kommunistischen KSZE-Teilnehmerstaaten, insbesondere mit der DDR, gekommen, und wo liegt nach Auffassung der Bundesregierung die Verantwortung für die bislang unbefriedigende Entwicklung auf diesem Gebiet?

136. Abgeordneter **Kunz (Berlin)** (CDU/CSU)

Welche der in Nummer 2 Buchstabe b des dritten Teils der KSZE Schlußakte vorgesehenen kurz- oder langfristigen Abkommen oder Vereinbarungen zur „verstärkten Zusammenarbeit zwischen Organisationen der Massenmedien einschließlich Presseagenturen, sowie zwischen Verlagen und Verlagsorganisationen" sind inzwischen mit der DDR und den anderen kommunistischen KSZE-Teilnehmerstaaten abgeschlossen worden, und welche konkreten Schritte zu Verhandlungen hierüber hat die Bundesregierung seit den Beschlüssen von Helsinki unternommen?

137. Abgeordneter **Kunz (Berlin)** (CDU/CSU)

In welchem Umfang ist die in Nummer 3, Abschnitt „Erweiterung der Beziehungen" des dritten Teils der KSZE-Schlußakte, erklärte Absicht der Teilnehmerstaaten, „zur Durchführung . . . der Förderung unmittelbarer Kontakte und Verbindungen zwischen Personen, die auf dem Gebiet der Kultur tätig sind, . . . zu schreiten", auch von der DDR und den anderen kommunistischen Teilnehmerstaaten verwirklicht worden, und wird die Bundesregierung die völlig unbefriedigende Entwicklung in diesem Bereich auf der Belgrader Folgekonferenz zur Sprache bringen?

138. Abgeordnete **Frau Pieser** (CDU/CSU)

Inwieweit ist es seit den Beschlüssen von Helsinki auch mit kommunistisch beherrschten KSZE-Teilnehmerstaaten zu einer praktischen Verwirklichung der Vereinbarungen in Nummer 1 Buchstabe h des dritten Teils der KSZE-Schlußakte gekommen, wonach weite Kontakte zwischen staatlichen Institutionen und nichtstaatlichen Organisationen bzw. Vereinigungen durch Reisen von Delegationen, Gruppen und Einzelpersonen erleichtert werden sollen, und welche konkreten Schritte für Gespräche und Verhandlungen vor allem mit der DDR Regierung hat die Bundesregierung zur Verwirklichung dieser Vereinbarung unternommen?

139. Abgeordnete **Frau Pieser** (CDU/CSU)

In welchem Umfang sind die kommunistischen KSZE-Teilnehmerstaaten seit Helsinki ihrer in Nummer 2 Buchstabe a, ii niedergelegten Verpflichtung nachgekommen, „auf ihrem Territorium die Verbesserung der Verbreitung von periodisch und nichtperiodisch erscheinenden Zeitungen . . . aus den anderen Teilnehmerstaaten zu erleichtern", und wird die Bundesregierung die noch mangelhafte Erfüllung der KSZE-Schlußakte auf diesem Gebiet bei der Folgekonferenz in Belgrad zur Sprache bringen?

140. Abgeordneter **Dr. Abelein** (CDU/CSU)

Hat der Bundeskanzler geäußert, daß man die KSZE-Folgekonferenz nicht zu einem Tribunal für die DDR oder andere kommunistische Staaten machen dürfe oder daß die kommunistischen Staaten in Belgrad wegen unterlassener Erfüllung der humanitären Vereinbarungen in der KSZE-Schlußakte nicht auf die Anklagebank gesetzt werden dürften, und bedeuten diese Äußerungen bejahendenfalls, daß die Bundesregierung nicht bereit ist, die Nichterfüllung der meisten Vereinbarungen über „Zusammenarbeit in humanitären und anderen Bereichen" im dritten Teil der Schlußakte von Helsinki durch die kommunistischen Regierungen zur Sprache zu bringen?

141. Abgeordneter **Dr. Abelein** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die Schutzpflicht, die der Bundesregierung für alle Deutschen obliegt, gebietet, die Nichterfüllung der humanitären Vereinbarungen in der Schlußakte von Helsinki durch die DDR und andere kommunistische Staaten auf der KSZE-Folgekonferenz in Belgrad zur Sprache zu bringen und diese Staaten zur Erfüllung der Vereinbarungen anzuhalten?

142. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung Ausmaß und Ergebnis ihrer Kulturarbeit im Ausland im Vergleich zum Wirken der DDR, und wie gedenkt sie, künftig der erfolgreichen Offensive der DDR auf diesem Gebiet entgegenzuwirken?

143. Abgeordneter **Hansen** (SPD)

Wann wird die Bundesregierung endlich mit den USA die Übernahme des Document Center in deutsche Hände vereinbaren, nachdem diese Regelung seit über sieben Jahren (vgl. Fragestunden vom 9. Oktober 1970, 6. November 1970, 15. Oktober 1971, 11. März 1976 und 3. Juni 1976) angekündigt wird, zuletzt von Staatssekretär Moersch am 6. Juni 1976 (Die Bundesregierung wird vielmehr in Kürze der amerikanischen Regierung die Fortsetzung der Gespräche wegen der Übergabe des Document Center Berlin vorschlagen.)?

144. Abgeordneter **Dr. Hupka** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, den Deutschen Bundestag und die Öffentlichkeit auf Grund ihrer Kenntnisse darüber zu informieren, daß ausreisewilligen Volksdeutschen in Rumänien seit Anfang April die Reisepässe abgenommen oder vorenthalten werden und daß viele Hunderte nunmehr arbeitslos sind oder ohne eine eigene Bleibe, da mit der Ausreise auf Grund einer amtlichen Verständigung fest gerechnet werden durfte, und warum hat sie bis heute geschwiegen?

145. Abgeordneter **Dr. Hupka** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die seit Anfang April praktizierte Verweigerung oder abverlangte Rückgabe von Reisepässen deutscher Volkszugehöriger in Rumänien, nachdem die Ausreise bereits genehmigt worden war, und welche Schritte gedenkt sie unter Berufung auf die Schlußakte von Helsinki und den Weltpakt für bürgerliche und politische Rechte zu tun?

146. Abgeordneter **Dr. Wittmann (München)** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung Meldungen darüber, daß den vor der rumänischen Botschaft im Hungerstreik befindlichen Personen gedroht wurde, daß es ihren Angehörigen in Rumänien noch schlechter gehen werde, wenn sie den Platz vor der Botschaft nicht verließen?

147. Abgeordneter **Niegel** (CDU/CSU)

Wie garantiert die Bundesregierung die Sicherheit der in Südwestafrika lebenden Deutschen für den Fall, daß die Republik Südafrika der Forderung der Bundesregierung nachkommt, die südafrikanischen Truppen aus Südwestafrika abzuziehen?

148. Abgeordneter **Böhm (Melsungen)** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die für die Opfer der Erdbebenkatastrophe in Rumänien aus der Bundesrepublik Deutschland zur Verfügung gestellten oder mit Spendenmitteln angeschafften Gegenstände in Rumänien von den von der Katastrophe betroffenen Personen käuflich erworben werden müssen?

149. Abgeordneter **Dr. Möller** (CDU/CSU)

Welche Erkenntnisse und Tatsachen haben den Staatsminister Dr. von Dohnanyi zu der Annahme verleitet, in der Antwort auf die schriftliche Anfrage des SPD-Abgeordneten Hansen von „– wie es scheint – nicht unbegründet gegen die Colonia Dignidad erhobenen Vorwürfe" zu sprechen (Plenarprotokoll 8/21, Seite 1387), nachdem doch der deutsche Botschafter in Chile das Gegenteil berichtet hatte?

150. Abgeordneter **Dr. Möller** (CDU/CSU)

Hat das Auswärtige Amt nach den Veröffentlichungen in der Presse und vor der Antwort im Bundestag Vertreter der Colonia Dignidad zu den Vorwürfen gehört, wie es rechtsstaatlichen Grundsätzen entspricht?

151. Abgeordneter **Dr. Hennig** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung politisch die Überlegungen in einzelnen Bundesländern, Verkehrsschilder mit Aufschriften, wie z. B. „Allenstein 1 100 km", als gegen den Warschauer Vertrag verstoßend zu beseitigen?

B. Schriftliche Fragen gemäß IV. der Richtlinien sowie Fragen gemäß I. der Richtlinien, um deren schriftliche Beantwortung bis zur Drucklegung gebeten wurde

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

1. Abgeordneter **Helmrich** (CDU/CSU)

Trifft die Nachricht in der Zeitung „Die Welt" vom 13. April 1977 zu, nach der Beamte im Auswärtigen Amt sich wegen der zunehmenden Einstellung von Bewerbern unter Umgehung der üblichen Einstellungsverfahren an den Personalrat gewandt haben?

2. Abgeordneter **Helmrich** (CDU/CSU)

Wie viele Beamte des höheren und gehobenen Dienstes wurden seit 1970 in den auswärtigen Dienst übernommen?

3. Abgeordneter **Helmrich** (CDU/CSU)

Wie viele der seit 1970 in den auswärtigen Dienst übernommenen Beamten des höheren Dienstes und des gehobenen Dienstes sind Beamte mit den vorgesehenen laufbahnmäßigen Voraussetzungen gemäß §§ 18 und 19 des Bundesbeamtengesetzes mit einer Ausbildung im auswärtigen Dienst, Beamte mit den vorgesehenen laufbahnmäßigen Voraussetzungen gemäß §§ 18 und 19 des Bundesbeamtengesetzes und einer vorherigen Ausbildung in anderen Verwaltungen, sog. andere als Laufbahnbewerber gemäß § 7 Abs. 1 Nr. 3b des Bundesbeamtengesetzes bzw. ohne Erfüllung der unmittelbaren Eingangsvoraussetzungen in den gehobenen Dienst aus dem mittleren Dienst und in den höheren Dienst aus dem gehobenen Dienst aufgestiegen?

4. Abgeordneter **Helmrich** (CDU/CSU)

Hat der Bundespersonalausschuß bei Bewerbern gemäß § 7 Abs. 1 Nr. 3b des Bundesbeamtengesetzes in allen Fällen die Befähigung für eine Einstellung in den auswärtigen Dienst nach § 21 Satz 2 des Bundesbeamtengesetzes festgestellt?

5. Abgeordneter **Dr. Schmitt-Vockenhausen** (SPD)

Zu welchen Ergebnissen hat die Überprüfung der Entschädigungsrichtlinien für Auslandsbedienstete bei Kriegs- und Bürgerkriegsschaden innerhalb der Ressorts der Bundesregierung geführt, und konnten dabei insbesondere nunmehr die Schadensfälle der Angehörigen der letzten Botschaft in Süd-Vietnam abschließend und zufriedenstellend geklärt werden?

6. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)

Ist im Entschädigungsfall Stengel, der seit einem Vierteljahrhundert nach dem Bericht des Spiegel vom 11. April 1977 vergeblich auf eine Entscheidung bezüglich seiner Entschädigung wartet, von den zuständigen Behörden geprüft worden, ob in diesem Fall völkerrechtliche Schadenersatzansprüche gegen Dänemark möglich sind, ist das Auswärtige Amt damit befaßt worden, oder wird es sich nunmehr im Sinne der in der Verfassung verankerten Schutzpflicht für die Grundrechte auch dieses deutschen Staatsangehörigen damit befassen?

7. Abgeordneter **Dr. Wittmann (München)** (CDU/CSU)	Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts, wonach die Ruhestandsversetzung von 25 Diplomaten gemäß § 36 des Bundesbeamtengesetzes rechtswidrig gewesen ist?
8. Abgeordneter **Dr. Jahn (Braunschweig)** (CDU/CSU)	Ist die Bundesregierung der Meinung, daß die Verhandlungen über den Beitritt Griechenlands, Portugals, Spaniens und der Türkei zur EG nach einem Gesamtkonzept geführt werden sollen?
9. Abgeordneter **Dr. Jahn (Braunschweig)** (CDU/CSU)	Welche Schätzungen wurden über die durch eine Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft um Griechenland, Portugal, Spanien und der Türkei verursachten Kosten für die Gemeinschaft angestellt?
10. Abgeordneter **Dr. Jahn (Braunschweig)** (CDU/CSU)	Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß eine Erweiterung der Gemeinschaft um Staaten, deren Wirtschaftsstrukturen weit unter denen der bisherigen Mitgliedstaaten liegen, die europäische Integration auf allen Gebieten erleichtern oder erschweren wird?
11. Abgeordneter **Dr. Jahn (Braunschweig)** (CDU/CSU)	Wie steht die Bundesregierung zu der Erklärung von Präsident Jenkins, daß im Zusammenhang mit der Erweiterung der Gemeinschaft möglicherweise institutionelle Veränderungen notwendig seien (Präsident Jenkins vor dem politischen Ausschuß des Europäischen Parlaments)?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

12. Abgeordneter **Kleinert** (FDP)	Ist die Bundesregierung bereit, über die bisherigen Bestimmungen hinaus, wonach sich der Verwender von Abhörgeräten (sog. Wanzen) nach dem Fernmeldeanlagengesetz und nach § 201 StGB strafbar macht, den Vertrieb solcher Wanzen zu unterbinden, gegebenenfalls unter Strafe zu stellen, um so Verletzungen des Persönlichkeitsrechts wirksam vorzubeugen?
13. Abgeordneter **Regenspurger** (CDU/CSU)	Trifft es zu, daß Beamte des Auswärtigen Amts gegen Parteibuchkarrieren protestierten – wie die Presse meldete –, und wenn ja, ist der Bundesregierung bekannt, ob auch bei anderen Behörden, z. B. bei der Deutschen Bundespost, gleichartige Vorwürfe erhoben werden, und was gedenkt sie gegebenenfalls dafür zu tun, daß bei der Besetzung von Dienstposten und bei Beförderungen nur die Beamten berücksichtigt werden, die sich auf Grund ihrer Eignung, Befähigung und fachlichen Leistung für eine Beförderung entsprechend qualifiziert haben?
14. Abgeordneter **Engelhard** (FDP)	Hat – wie in einer unwidersprochenen dpa-Meldung vom 20. April 1977 mitgeteilt – ein hoher Beamter des Bundeskriminalamts auf dem 7. Ordentlichen Kongreß der „Union Internationale des Syndicats de Police (UISP)" in Gelsenkirchen in einem Vortrag die angeblich schlechte Zusammenarbeit der Polizeien in Europa beklagt und unter Hinweis auf

allerjüngste Praxisfälle (z. B. Mordfall Buback) erklärt, „die polizeiliche Zusammenarbeit funktioniere – aber sie funktioniere schlecht", und wenn ja, wie steht die Bundesregierung zu dieser Erklärung?

15. Abgeordneter **Engelhard** (FDP)

Welche konkreten Möglichkeiten und praktischen Ansätze sieht die Bundesregierung gegebenenfalls, um gerade auch im Hinblick auf den grenzübergreifenden Terrorismus eine noch verstärkte internationale Koordination bzw. Kooperation zwischen den Polizeien, insbesondere mit unseren europäischen Nachbarländern zu erreichen?

16. Abgeordneter **Wolfram (Recklinghausen)** (SPD)

Beabsichtigt die Bundesregierung, auf Grund ihrer seit meiner Anfrage A 136 (Drucksache 7/511) vom 11. Mai 1973 gewonnenen Erfahrungen und Erkenntnisse, wirksamere Maßnahmen oder zusätzliche gesetzliche Schritte gegen das Anbringen sog. Mini-Spione und das damit verbundene unerlaubte Abhören von Gesprächen, Verhandlungen usw. einzuleiten?

17. Abgeordneter **Wolfram (Recklinghausen)** (SPD)

Ist an ein Verbot der Herstellung, des Vertriebs und und der Anbringung von Mini-Spionen gedacht?

18. Abgeordneter **Vogelsang** (SPD)

Kann die Bundesregierung Berichte bestätigen, nach denen die Ozonschicht der Stratosphäre durch Chlorfluormethane, die als Treibgas in Spraydosen Verwendung finden, gefährdet wird, und erwägt sie gegebenenfalls ein Verbot von Spraydosen mit Chlorfluormethan, wie dies in einigen anderen Ländern (USA, Kanada, Schweden) beabsichtigt wird?

19. Abgeordneter **Klein (München)** (CDU/CSU)

Liegen der Bundesregierung auf Grund der gemäß § 3 des Verfassungsschutzgesetzes gesammelten Auskünfte, Nachrichten und sonstigen Unterlagen über verfassungsfeindliche Bestrebungen Erkenntnisse darüber vor, daß sich der heutige Vorsitzende des „Bundesverbands Bürgerinitiativen Umweltschutz", Hans-Helmuth Wüstenhagen, im Oktober 1948 von Ost-Berlin in den freien Westen abgesetzt hat, wo er kurz darauf bei dem als rechts eingestuften und in verschiedenen Bundesländern später verbotenen „Bund Deutscher Jugend" tätig wurde?

20. Abgeordneter **Dr. Steger** (SPD)

Hält die Bundesregierung die von Herrn Grottian vorgeschlagenen Änderungen in der Besoldung des öffentlichen Dienstes für realisierbar, und welche Initiativen will sie diesbezüglich ergreifen?

21. Abgeordneter **Ibrügger** (SPD)

Welche Schritte hat und wird die Bundesregierung unternehmen, um zur Verminderung der Chloridbelastung der Weser und Werra durch Kaliabwässer in Verhandlungen mit der DDR Lösungen zu finden?

22. Abgeordneter **Dr. Sperling** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Sicherheit von Kernreaktoren in der Frage der Bruchfestigkeit von Materialien, die mit Zahlen begründet wird, die in einem Näherungsverfahren und als Durchschnittswerte gewonnen wurden und bei denen die Bandbreite der im Prüfverfahren gefundenen Abweichungen in die Sicherheitskalkulation nicht eingegangen ist?

23. Abgeordneter **Dr. Sperling** (SPD)

Hält die Bundesregierung die in der Bundesrepublik Deutschland betriebene Materialforschung für ausreichend, um die Zahlen, von denen man bei der Sicherheitsberechnung für verschiedene beim Reaktorbau benutzte Materialien ausgeht, kritisch zu überprüfen, oder hält es die Bundesregierung für ausreichend, sich auf in der Fachliteratur vorfindbare Durchschnittswerte zu verlassen, ohne prüfen zu können, aus welcher Abweichung der Durchschnittswert gewonnen wurde?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

24. Abgeordneter **Burger** (CDU/CSU)

Erwägt die Bundesregierung in absehbarer Zeit eine Änderung des GmbH-Gesetzes, in welcher eine Erhöhung des Haftungskapitals von gegenwärtig 20 000 DM vorgesehen ist?

25. Abgeordneter **Kleinert** (FDP)

Ist die Bundesregierung der Ansicht, und welche Schlüsse will sie gegebenenfalls daraus ziehen, daß die Rechtsprechung in allen Fällen der ausgleichenden Intention des Gesetzgebers im Bereich der Mietanpassung nach dem Wohnraumkündigungsschutzgesetz gefolgt ist oder daß in den Urteilen Tendenzen zu erhöhten oder zu zu geringen Anforderungen an die Voraussetzungen einer Mieterhöhung zu erkennen sind?

26. Abgeordneter **Dr. Stercken** (CDU/CSU)

Verstoßen Anzeigen wie die unter anderem im „Stern" vom 31. März 1977 und im „Spiegel" vom 28. März 1977 erschienenen Anzeigen „Warum fahren Sie kein anständiges deutsches Auto?" „Eben drum." Alfa Romeo bereits nach geltender Rechtslage gegen die Gepflogenheiten eines lauteren Wettbewerbs, und wenn nein, wird die Bundesregierung dies zum Anlaß einer gesetzgeberischen Initiative auf dem Gebiet des Wettbewerbsrechts nehmen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

27. Abgeordneter **Dr. Spöri** (SPD)

In welchem Verhältnis verteilen sich direkte und indirekte Subventionen des Bundes auf Großunternehmen einerseits und mittlere bzw. kleinere Unternehmen andererseits?

28. Abgeordneter **Engholm** (SPD)

Beabsichtigt die Bundesregierung, die Dienstfahrzeuge der Bundeszollverwaltung mit einer vollständigen Sicherheitsausstattung sowie die Fahrzeuge des Zollfahndungsdienstes mit Blaulicht (abnehmbar) und Martinshorn auszustatten, bzw. welche Gründe hindern die Bundesregierung an einer solchen Entscheidung?

29. Abgeordneter **Dr. Schäuble** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die Steuerfreiheit der Altersrenten von in Frankreich tätig gewesenen Wanderarbeitnehmern, die in Anwendung von Artikel 7 des deutsch-französischen Doppelbesteuerungsabkommens von 1938 (Bundessteuerblatt 1953 Teil I, S. 329) gewährleistet war, durch den in das EStG 1975 und die EStDV 1975 eingefügten § 32b gefährdet ist, und wenn ja, welche Konsequenzen wird die Bundesregierung daraus ziehen?

30. Abgeordnete **Frau Dr. Lepsius** (SPD)

Kann die Bundesregierung mitteilen, welche Gründe ausschlaggebend dafür waren, daß es entgegen der Ankündigung des Bundesfinanzministeriums über eine Kostenbeteiligung des Bundes in Höhe von 690 000 DM für die Kläranlage Hügelsheim (Baden) zu keiner Einigung gekommen ist, und kann die Bundesregierung die Oberfinanzdirektion Freiburg veranlassen, die Verhandlungen mit der Gemeinde Hügelsheim beschleunigt zu einem positiven Ergebnis zu bringen?

31. Abgeordneter **Dr. Friedmann** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Finanzämter in zunehmendem Maße dazu übergehen, im Rahmen der Durchführung von städtebaulichen Sanierungsmaßnahmen auf der Grundlage der §§ 44 und 85 des Städtebauförderungsgesetzes für Betriebsverlagerungen gewährte Sanierungsförderungsmittel sowie Kostenerstattungsbeträge nach § 43 des Städtebauförderungsgesetzes, die den Grundstückseigentümern zur Durchführung von Modernisierungsmaßnahmen gewährt werden, bei der Veranlagung zur Einkommensteuer mitzuerfassen, und teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß eine solche Praxis dem verfolgten Förderungszweck des Gesetzes nicht gerecht wird, und beabsichtigt die Bundesregierung, diese Praxis in Zukunft zu unterbinden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

32. Abgeordneter **Dr. Steger** (SPD)

Wieviel Prozesse laufen z. Z. vor dem Bundesverwaltungsgericht, die von Unternehmen angestrengt wurden, deren Antrag auf Förderung im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" abgelehnt wurden, welches ist ihr Hauptgegenstand, und welche Konsequenzen und Änderungen der geltenden Bestimmungen will die Bundesregierung unabhängig vom Ausgang dieser Prozesse ergreifen?

33. Abgeordneter **Dr. Steger** (SPD)

Wieviel Prozesse hat die Bundesregierung in der Vergangenheit in Sachen Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" vor dem Bundesverwaltungsgericht verloren, und zu welchen Änderungen der Förderungsbestimmungen hat dies im einzelnen geführt?

34. Abgeordneter **Schröder (Lüneburg)** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung des Bundesministers Matthöfer, derzufolge die erst kürzlich vom Kabinett festgelegten Eckdaten des Energieprogramms im Bereich des Kernenergiebedarfs nicht realisierbar seien, und wenn ja, in welchem Ausmaß?

35. Abgeordneter **Schröder (Lüneburg)** (CDU/CSU)

Was hat die Bundesregierung gegebenenfalls veranlaßt, schon überholte und unrealistische Annahmen ihrem Energieprogramm zugrunde zu legen, und welche Konsequenzen ergeben sich daraus für die übrigen Eckdaten des Energieprogramms?

36. Abgeordneter **Dr. Schwörer** (CDU/CSU)

Trifft eine Meldung der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 14. April zu, daß es hauptsächlich die Bundesrepublik Deutschland ist, die in der Europäischen Gemeinschaft eine gemeinsame Linie für die Verhandlungen über die Verlängerung des Welttextilabkommens verhindert und damit die Verlängerung des Abkommens gefährdet, obwohl es nach Aussagen von Fachleuten „zu chaotischen Verhältnissen im Welttextilhandel kommen wird, wenn das Abkommen nicht verlängert wird", warum will die Bundesregierung der sog. Globalisierung der Einfuhren, d. h. der Begrenzung der Zuwachsraten, nicht zustimmen, obwohl alle EG-Staaten außer Dänemark und den Niederlanden sich dafür ausgesprochen haben?

37. Abgeordneter **Dr. Schwörer** (CDU/CSU)

Was tut die Bundesregierung in Anbetracht des deutschen Ziels „weltoffene Handelspolitik und zunehmende Beteiligung der Dritten Welt am internationalen Warenaustausch" außer seit langem bestehenden für diesen Zweck wenig wirksamen Programmen wie ERP-Darlehn und regionalen Förderprogrammen, um die durch diese Einfuhrpolitik entstehenden Umstrukturierungsprobleme zu lösen, vor allem, wie sollen die wegfallenden Arbeitsplätze besonders für Frauen und wirtschaftsschwachen Gebieten ersetzt werden?

38. Abgeordneter **Voigt (Frankfurt)** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die vom Wissenschaftlichen Beirat für öffentliche Wirtschaft und Gemeinwirtschaft gemachten Vorschläge für ein an den wirtschaftswissenschaftlichen Fachbereichen einzuführendes neues Studienfach Öffentliche Betriebswirtschaftslehre – Betriebswirtschaftslehre der öffentlichen Verwaltung und der öffentlichen Unternehmer, und beabsichtigt die Bundesregierung, durch eigene Aktivitäten die Verwirklichung dieser Vorschläge zu fördern?

39. Abgeordneter **Dr. Schwörer** (CDU/CSU)

Trifft es auch nach Ansicht der Bundesregierung zu, daß – wie von Wirtschaftszeitungen in den letzten Tagen gemeldet – von 1973 bis 1976 eine Investitionslücke von 157 Milliarden DM entstanden ist, die sich in einer gefährlichen Veralterung bis hin zur „Vergreisung" unserer Industrieanlagen auswirkt, und wenn ja, wann wird die Bundesregierung daraus die Konsequenz ziehen, die Unternehmen in die Lage zu versetzen, die erwirtschafteten Gewinne in größerem Umfang als bisher zur Sicherung der Betriebe einzusetzen, und wird die Bundesregierung dabei wenigstens die in unseren wichtigsten Konkurrenz- und Partnerländern üblichen Möglichkeiten, bei Abschreibungen, Rücklagen usw. eröffnen?

40. Abgeordneter **Dr. Schwörer** (CDU/CSU)

Wann wird die Bundesregierung gesetzliche Schritte unternehmen, um die für das Wachstum so wichtigen Privatinvestitionen durch steuerliche Entlastungen der Wirtschaft kräftig in Gang zu bringen, nachdem nun auch das gewerkschaftseigene Wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Institut WSI am 12. April

1977 festgestellt hat, daß das Wachstum der Investitionen der privaten Wirtschaft 1977 weder ausreichend sei, um die konjunkturelle Arbeitslosigkeit wesentlich zu vermindern, noch um das Arbeitsplatzdefizit rasch abzubauen?

41. Abgeordneter **Dr. Schneider** (CDU/CSU)

Welche konkreten Ergebnisse und Lösungsvorschläge hat der 1975 bei den Bundesministerien für Wirtschaft und für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau gebildete Gesprächskreis zur „Verbesserung der Wettbewerbsverhältnisse auf dem Baumarkt" bisher erarbeitet, und durch welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung, besonders im Geltungsbereich der Verdingungsordnung für Bauleistungen, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß die Erscheinungen eines ruinösen Verdrängungswettbewerbs vermieden und Chancengleichheit im Wettbewerb hergestellt wird?

42. Abgeordneter **Zebisch** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß im bayerischen Landkreis Tirschenreuth Kaolinvorkommen entdeckt wurden, die die bisher bekannten Vorkommen in der Bundesrepublik Deutschland nach Ausmaß und Güte erheblich übersteigen, und welche Möglichkeiten sieht sie, bei der Erschließung dieser Vorkommen zu helfen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

43. Abgeordneter **Ey** (CDU/CSU)

In welchem Umfang wurde bisher im Gartenbau Gebrauch gemacht von der Förderungsmöglichkeit für Investitionen zur Energieeinsparung, wie hoch ist die Zahl der Anträge, und welche Bearbeitungszeit bis zur Mittelbewilligung war bzw. ist je Antrag erforderlich?

44. Abgeordneter **Immer (Altenkirchen)** (SPD)

Wie gedenkt die Bundesregierung die wechselnde Nutzung von Tankfahrzeugen für den Transport von Nahrungsmitteln und Chemikalien zu unterbinden, und ist sie bereit, die Kontrollbefugnisse der Beamten der Bundesanstalt für den Güterfernverkehr auf diesbezügliche Inhaltskontrollen auszudehnen, notfalls mit der Konsequenz einer Personalverstärkung?

45. Abgeordneter **Peters (Poppenbüll)** (FDP)

Sind der Bundesregierung negative Auswirkungen des neuen Futtermittelrechts bekannt geworden, und was gedenkt sie erforderlichenfalls in dieser Sache zu tun?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

46. Abgeordneter **Kleinert** (FDP)

In welcher Anzahl und mit welchen Beträgen sind Umschulungen nach dem Arbeitsförderungsgesetz durchgeführt worden?

47. Abgeordneter **Kleinert** (FDP)	In wieviel Prozent der Fälle waren Umgeschulte vorher anderweitig beschäftigt, qualifiziert ausgebildet oder arbeitslos, und in wieviel Prozent der Fälle ermöglichte die Umschulung eine qualifizierte Beschäftigung?
48. Abgeordneter **Büchner (Speyer)** (SPD)	Befürwortet die Bundesregierung angesichts der ausgedehnten Reisetätigkeit ihrer Staatsbürger die Schaffung einer internationalen Kreditkarte für Krankheitskosten, die eine dem Heimatland vergleichbare Krankenbehandlung im Ausland ohne bürokratische Schwierigkeiten ermöglicht, entsprechend der Empfehlung 792 der Parlamentarischen Versammlung des Europarats?
49. Abgeordneter **Büchner (Speyer)** (SPD)	Ist die Bundesregierung bereit, sich für den Abschluß einer entsprechenden Konvention des Europarats einzusetzen, die auch Nichtmitgliedstaaten des Europarats, einschließlich der osteuropäischen Staaten, zur Unterzeichnung offenstände?
50. Abgeordnete **Frau Simonis** (SPD)	Trifft es zu, daß in der mit öffentlichen Mitteln finanzierten Redaktion der in Bonn erscheinenden Berufswahlmagazine „Abi" und „Uni" mehreren Redakteuren ohne Angabe von Gründen fristlos gekündigt wurde, und wenn ja, wird die Bundesregierung weiterhin öffentliche Gelder dem Verlag zur Verfügung stellen?
51. Abgeordneter **Dr. Zeitel** (CDU/CSU)	Welche Erfahrungen hat die Bundesregierung zwischenzeitlich mit der Neufassung des Gesetzes zur Bekämpfung der Schwarzarbeit gemacht, und reichen diese aus, die Bundesregierung zu veranlassen, von ihrer in ihrer Antwort auf unsere Anfrage betreffend Schwarzarbeit (Drucksache 7/2723) dargelegten ablehnenden Haltung Abstand zu nehmen?
52. Abgeordneter **Dr. Zeitel** (CDU/CSU)	Wie beurteilt die Bundesregierung die Möglichkeiten, über eine Verbesserung des Gesetzes zur Bekämpfung der Schwarzarbeit einen Beitrag zur Verminderung der Arbeitslosigkeit zu leisten?
53. Abgeordnete **Frau Dr. Walz** (CDU/CSU)	Welche konkreten gesetzlichen Möglichkeiten gibt es derzeit, als Hausfrau eine individuelle Förderung der beruflichen Fortbildung und Umschulung durch die Arbeitsämter finanziert zu bekommen, und durch welche konkreten Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung, die bestehenden Möglichkeiten zu erweitern?
54. Abgeordnete **Frau Dr. Walz** (CDU/CSU)	Beabsichtigt die Bundesregierung, die auf § 46 des Arbeitsförderungsgesetzes und des § 7 der Anordnung des Verwaltungsrats der Bundesanstalt für Arbeit über die individuelle Förderung der beruflichen Fortbildung und Umschulung in der Fassung vom 18. Dezember 1975, wonach Antragsteller, die an einer beruflichen Bildungsmaßnahme teilnehmen wollen und vor Beginn der Maßnahme in den letzten drei Jahren nicht mindestens zwei Jahre lang eine die Beitragspflicht begründende Beschäftigung ausgeübt haben, eine finanzielle Förderung im Rahmen der beruflichen Fortbildung nicht erfahren können, beruhende gegenwärtige Benachteiligung insbesondere der Hausfrauen in absehbarer Zeit zu beseitigen, und welche Vorstellungen gibt es hierzu?

55. Abgeordneter **Dr. Diederich (Berlin)** (SPD)

Hat die Bundesregierung die Absicht, eine Initiative zur Änderung des Ladenschlusses zu ergreifen, um den vom Bundeswirtschaftsminister angebotenen Modellversuch in Berlin zu ermöglichen, oder liegen der Bundesregierung Informationen vor, daß eine solche Initiative von dritter Seite, insbesondere seitens des Landes Berlin über den Bundesrat, ergriffen wird?

56. Abgeordneter **Dr. Diederich (Berlin)** (SPD)

Kann aus Äußerungen von Betroffenen und Interessierten geschlossen werden, daß ein Modellversuch zum Ladenschluß in Berlin erwünscht ist?

57. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, angesichts der großen Zahl ausbildungsplatzsuchender Jugendlicher mit gutem Beispiel voranzugehen und die gut ausgestatteten Kfz-Werkstätten des Bundesgrenzschutzes und der Bundeswehr wenigstens vorübergehend (d. h. während der Zeit, da geburtenstarke Jahrgänge zur Ausbildung anstehen) und vor allem im Zonenrandgebiet für die Berufsausbildung der Jugendlichen einzubeziehen?

58. Abgeordneter **Immer (Altenkirchen)** (SPD)

Wann und in welcher Weise gedenkt die Bundesregierung, die Arbeitszeitverordnung den heutigen Erfordernissen anzupassen, damit es den Betriebsräten im Einzelfall überhaupt erst ermöglicht wird, sich erfolgreich für den Abbau von Überstunden bzw. Sonderschichten zugunsten von Neueinstellungen einzusetzen?

59. Abgeordneter **Vogelsang** (SPD)

Kann die Bundesregierung Auskunft geben, warum das von ihr geplante Modell einer wirtschaftlichen Bauweise von Krankenhäusern bisher noch nicht verwirklicht wurde, und was gedenkt sie zu tun, um baldmöglichst ihre Pläne zu realisieren?

60. Abgeordneter **Vogelsang** (SPD)

Teilt die Bundesregierung eventuelle von den Ländern gegen dieses Modellvorhaben vorgetragene Bedenken, und was will sie gegebenenfalls veranlassen, um diese Bedenken auszuräumen?

61. Abgeordneter **Russe** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung angesichts der Tatsache, daß die Fristen für das Wahlverfahren der Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat nach dem neuen Mitbestimmungsgesetz je nach Struktur der betroffenen Unternehmen zwischen rd. 30 bis rd. 58 Wochen betragen, die Ansicht, daß ein Erlaß der zugesagten Wahlordnung durch den Verordnungsgeber nach dem 30. Juni 1977 dann Wahlen nach dieser erlassenen Wahlordnung für eine große Zahl der betroffenen Unternehmen fristgerecht nicht mehr ermöglicht, und wird die Bundesregierung die zugesagte Wahlordnung deshalb spätestens bis zum 30. Juni 1977 erlassen?

62. Abgeordneter **Russe** (CDU/CSU)

Anerkennt die Bundesregierung, daß durch das neue Mitbestimmungsgesetz die Bestellung und Zusammensetzung des Wahlvorstands sowie der Erlaß einer Wahlordnung durch den Wahlvorstand – im Gegensatz zur damaligen Situation von 1968 – offene und streitige Fragen sind, sieht die Bundesregierung daher nicht das erhebliche Risiko von Wahlanfechtungen beim bekannten Widerstreit der Gruppeninteressen?

63. Abgeordneter **Geisenhofer** (CDU/CSU)

Beabsichtigt die Bundesregierung, von der Verordnungsermächtigung in § 9 Abs. 6 des Schwerbeschädigtengesetzes Gebrauch zu machen, und wann ist mit der Vorlage eines Entwurfs (welchen Inhalts) beim Bundesrat zu rechnen?

64. Abgeordneter **Niegel** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß es sich mit dem Gleichbehandlungsgrundsatz des Artikel 3 Abs. 1 des Grundgesetzes nicht vereinbaren läßt, daß Angestellte mit Einkommen oberhalb der Jahresarbeitsverdienstgrenze, die zugleich landwirtschaftliche Unternehmer sind, sich gemäß § 4a des Gesetzes über die Krankenversicherung der Landwirte wohl auf Grund einer freiwilligen Mitgliedschaft bei einem anderen Träger der gesetzlichen Krankenversicherung, nicht aber auf Grund privaten Krankenversicherungsschutzes von der Versicherungspflicht in der Krankenversicherung der Landwirte befreien lassen können, und ist die Bundesregierung gegebenenfalls bereit, entsprechende Schritte zu unternehmen, um diese Ungleichbehandlung zu beseitigen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

65. Abgeordneter **Zywietz** (FDP)

Treffen Presseberichte zu, daß sich das Kernkraftwerk Biblis im Bereich eines Tiefflugbands der Luftwaffe befindet, und wie beurteilt die Bundesregierung die Sicherheitslage auf dem Kernkraftwerkssektor im Zusammenhang mit dem Flugverkehr?

66. Abgeordneter **Wüster** (SPD)

Ist seitens des Bundesverteidigungsministers sichergestellt, daß wehrpflichtige Studenten im Interesse eines ordnungsgemäßen Studiums nicht während der Vorlesungszeit zu Wehrübungen einberufen werden?

67. Abgeordneter **Stutzer** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die Bundesregierung der Gewerkschaft ÖTV, der verhältnismäßig wenig Soldaten angehören, das Anbringen von Anschlägen an den „Schwarzen Brettern" der Truppenunterkünfte erlaubt, während sie das den alten Soldatenverbänden – VdS/DSBK – mit ca. 200 000 Mitgliedern untersagt, und wenn ja, welche Gründe hat die Bundesregierung dafür?

68. Abgeordneter **Stutzer** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, hinsichtlich des Anbringens von Anschlägen an den „Schwarzen Brettern" der Truppenunterkünfte die Gewerkschaft ÖTV und die Soldatenverbände – VdS/DSBK – zum Zwecke der Werbung ausscheidender Soldaten gleichzubehandeln?

69. Abgeordneter **Dr. Jenninger** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß seit Anfang März 1977 dem gesamten Radarführungsdienst der Luftwaffe verboten wurde, Übungseinsätze im Rahmen der Luftverteidigung durchzuführen?

70. Abgeordneter **Dr. Jenninger** (CDU/CSU)

Wenn ja, was will die Bundesregierung tun, um dem Personal des Radarführungsdienstes, das durch dieses Verbot seine örtliche Zulassung verliert, diese Zulassung auch weiterhin zu erhalten und sicherzustellen, daß auch nach Aufhebung des Verbots das Personal noch in der Lage ist, über die Arbeit am Simulator hinaus Flugzeuge über Radar zu führen?

71. Abgeordnete **Frau Hoffmann (Hoya)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, Munitionstransporte der Bundeswehr und der englischen Streitkräfte durch das Erholungsgebiet Düshorn, Kreis Fallingbostel, zu untersagen und für künftige Transporte eine Umleitungsregelung verbindlich vorzuschreiben, und wenn ja, wann ist mit entsprechenden Maßnahmen seites des Bundesverteidigungsministeriums und den anderen beteiligten Stellen zu rechnen?

72. Abgeordneter **Würtz** (SPD)

Haben die Fälle von Selbsttötungsversuchen und Selbsttötung in der Bundeswehr in den letzten drei Jahren (1974 bis 1976) zugenommen?

73. Abgeordneter **Würtz** (SPD)

Welche Möglichkeiten sieht der Bundesverteidigungsminister bei der Ausbildung von Führungspersonal in den Streitkräften sowie der Unterstützung von Einrichtungen innerhalb der Bundeswehr (Telefonseelsorge u. ä.), um einem weiteren Ansteigen der Selbsttötungsrate entgegen zu wirken?

74. Abgeordneter **Ludewig** (FDP)

Was unternimmt die Bundesregierung, um sicher zu stellen, daß die Wehrfliegertauglichkeitsuntersuchung der Piloten (WFTU), die nach den Vorschriften alle ein bis zwei Jahre stattfinden muß, so schnell wie möglich durchgeführt wird?

75. Abgeordneter **Ludewig** (FDP)

Auf welche Weise kann erreicht werden, daß eine WFTU bei einem Angehörigen des fliegenden Personals, bei dem sich zunächst der Verdacht einer Erkrankung ergibt – der sich dann aber nicht bestätigt – so schnell wie möglich mit positivem Bescheid wieder abgeschlossen wird?

76. Abgeordneter **Dr. Laufs** (CDU/CSU)

Welche Auswirkung hat die geplante Einführung des Heeresmodells 4 auf die Landesverteidigung, insbesondere auf die zivile Verteidigung mit Schwerpunkt Ojektschutz?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

77. Abgeordnete **Frau Dr. Neumeister** (CDU/CSU)

Welche Gründe haben die Bundesregierung bewogen, entgegen ihrer ursprünglichen Absicht den Abteilungsleiter im Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit, Ministerialdirektor Dr. med. Lösken, doch nicht am 31. März 1977 in den einstweiligen Ruhestand zu versetzen?

78. Abgeordnete **Frau Dr. Neumeister** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung jetzt gänzlich von ihrer ursprünglichen Absicht Abstand genommen, und welche Funktionen wird Ministerialdirektor Dr. med. Lösken künftig wahrnehmen?

79. Abgeordneter **Kiechle** (CDU/CSU)

Wie hoch sind die Ausgaben im Rahmen der örtlichen und der überörtlichen Sozialhilfe in den Jahren 1974, 1975 und 1976 gewesen?

80. Abgeordneter **Kiechle** (CDU/CSU)

Auf welche gesetzgeberischen Maßnahmen sind die jeweiligen Steigerungen der Ausgaben zurückzuführen?

81. Abgeordneter **Dr. Schmitt-Vockenhausen** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß im Zusammenhang mit der TM (transzendentale Meditation) die Gefahr eines Mißbrauchs als Mittel zur Ausschaltung von berechtigter Opposition und Kritik befürchtet wird, und wie beurteilt sie diese Gefahren?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen

82. Abgeordneter **Spranger** (CDU/CSU)

Teilt der Bundesverkehrsminister die Auffassung, daß eine vollständige Elektrifizierung der Bundesbahnstrecke Nürnberg–Stuttgart für die verkehrliche und strukturelle Situation Westmittelfrankens von erheblichem Vorteil wäre, und aus welchen Gründen ist gegebenenfalls trotzdem diese Elektrifizierung bisher noch nicht durchgeführt worden?

83. Abgeordneter **Spranger** (CDU/CSU)

Wird der Bundesverkehrsminister angesichts der Notwendigkeit, die verkehrliche und strukturelle Situation Westmittelfrankens weiter zu verbessern, nunmehr unverzüglich die Deutsche Bundesbahn veranlassen, die vollständige Elektrifizierung der Strecke Nürnberg–Stuttgart durchzuführen, und wann ist mit dem Abschluß entsprechender Arbeiten zu rechnen?

84. Abgeordneter **Schmitz (Baesweiler)** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß in den Niederlanden im östlichen Bergbaugebiet (Südlimburg) die niederländische Regierung eine Eisenbahnlinie bauen will, die abzweigend von Kerkrade-Centrum über Bleijerheide und Kohlscheid nach Aachen führen soll und die neben dem Güterverkehr auch die Schnellzugverbindung von Aachen nach Maastricht aufnehmen soll, und wird die Bundesregierung in den Verhandlungen mit der niederländischen Regierung über die Anbindung des Eisenbahnnetzes zwischen Aachen und dem Südlimburgischen die Priorität im Ausbau vorhandener Einrichtungen und Trassen sehen oder den Schwerpunkt auf den Neubau einer Bahnlinie legen?

85. Abgeordneter **Jung** (FDP)

Wie beurteilt die Bundesregierung den Sachverhalt, daß flugsicherungsoffizielle Tonbandprotokolle angebliche Fastzusammenstöße im Luftraum der Bundesrepublik Deutschland als normale Begegnungen ausweisen?

86. Abgeordneter **Jung** (FDP)

Wie und in welchem Umfang hat die Bundesregierung Schlüsse aus dem Ergebnis der gemeinsamen Sitzung der Bundestagsausschüsse für Verkehr und Verteidigung gezogen, insbesondere in der Frage des Umfangs der Führung militärischer Flüge?

87. Abgeordneter **Jung** (FDP)

Wie beurteilt die Bundesregierung Agentur- und Pressemitteilungen, nach denen es im Luftraum der Bundesrepublik Deutschland in der ersten April-Hälfte zu acht Beinahezusammenstößen gekommen sei?

88. Abgeordneter **Jung** (FDP)

Ist die Bundesregierung bereit, insbesondere die in der Süddeutschen Zeitung vom 15. April 1977 als Fluglotsenmeldung aufgeführten vier Vorfälle (Fastzusammenstoß am 5. April zwischen einer Lufthansamaschine und einem Hubschrauber im Bereich des Flughafens Frankfurt, am 6. April zwischen einer zweimotorigen Privatmaschine und Phantom-Düsenjägern über Dinkelsbühl, am 13. April zwischen einem Rettungshubschrauber im Einsatz und einer Phantom südlich von Bremen und noch einmal am 6. April zwischen einer Meßmaschine der Bundesanstalt für Flugsicherung und einem Phantom-Düsenjäger nördlich von Düsseldorf) daraufhin zu untersuchen, ob von einer Gefährdungslage auch aus Sicht der festgestellten Piloten gesprochen werden muß?

89. Abgeordneter **Dr. Zeitel** (CDU/CSU)

Ist es zutreffend, daß die Deutsche Bundesbahn die Absicht hat, Signaltafeln und Schilder künftig in eigenen Regiebetrieben herstellen zu lassen und die diesbezügliche Bedarfsdeckung nicht mehr – wie bisher – über Spezialhersteller vorzunehmen, die ihre Fertigungskapazitäten speziell zu diesem Zwecke entwickelt haben, und wenn ja, sieht die Bundesregierung, daß dadurch vorhandene mittelständische Betriebe vernichtet werden?

90. Abgeordneter **Dr. Zeitel** (CDU/CSU)

Glaubt die Bundesregierung gegebenenfalls, daß der Aufbau neuer Regiebetriebe bei der Deutschen Bundesbahn und mithin die Vernichtung vorhandener mittelständischer Betriebe sich mit den Zielsetzungen ihres sogenannten mittelstandspolitischen Aktionsprogramms in Einklang bringen läßt?

91. Abgeordneter **Seiters** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung unter dem Gesichtspunkt einer möglichen Bauverzögerung die vorliegenden Einsprüche gegen die geplante Linienführung der A 30 im Bereich Alten-Rheine, und bis wann glaubt die Bundesregierung, daß der Abschnitt Rheine-Ost bis Rheine-Nord fertiggestellt werden kann?

92. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)

Wie weit ist der Stand der Bearbeitung zum Vorentwurf des Baus der Bundesautobahn A 56 von Bonn über Euskirchen, Vettweiß bis Düren fortgeschritten?

93. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, die geplante Bundesautobahn A 56, in jedem Fall das Teilstück über Euskirchen bis Vettweiß, in einem Zuge zweispurig zu bauen?

94. Abgeordnete **Frau Dr. Walz** (CDU/CSU)

Wann und wie beabsichtigt die Bundesregierung, das System der Strafpunktvergabe durch das Kraftfahrt-Bundesamt in Flensburg zu verändern, nachdem festgestellt worden ist, daß – insbesondere wegen der Tilgungsfristen für alte Verstöße – zu den 4,6 Millionen Autofahrern, die bereits ein Punktekonto in Flensburg haben, jedes Jahr weitere 100 bis 200 Tausend Bundesbürger hinzukommen?

95	Abgeordnete **Frau Dr. Walz** (CDU/CSU)	Gedenkt die Bundesregierung auf Grund der gemachten Erfahrung, in diesem Zusammenhang auch die Ordnungswidrigkeiten im Bußgeldkatalog neu zu regeln?
96.	Abgeordneter **Engholm** (SPD)	Wann und mit welchen Stellen bzw. Institutionen hat der Vorstand der Deutschen Bundesbahn über die Vermittlung von freien Bundesbahnausbildungskapazitäten an private oder andere Träger verhandelt, und welche Erfolge sind bis heute zu verzeichnen?
97.	Abgeordneter **Dr. Schmitt-Vockenhausen** (SPD)	Ist der Bundesregierung bekannt, daß im Bereich von Flughäfen, insbesondere des Flughafens Frankfurt, durch herunterfallende Eisbrocken, die sich von Flugzeugtragflächen lösen, erhebliche Gefahren für die Bevölkerung entstehen, und sieht sie Möglichkeiten, durch entsprechende Maßnahmen diese Gefahren auszuschalten?
98.	Abgeordneter **Dr. Stercken** (CDU/CSU)	Sieht der Bundesverkehrsminister vor, daß die inzwischen bis zu 90 Dezibel und darüber angewachsene Lärmbelästigung des Stadtteils Aachen-Verlautenheide in Kürze durch eine geeignete Lärmschutzanlage auf das erträgliche Maß von maximal 65 bis 75 Dezibel gesenkt wird?
99.	Abgeordneter **Dr. Schneider** (CDU/CSU)	Sind Presseberichte zutreffend, daß allein im Bereich der Deutschen Bundesbahn (DB) 900 Ausbildungsplätze unbesetzt sind und die Gesamtzahl der Nachwuchskräfte um 8 600 abgenommen hat, wie vereinbart die Bundesregierung gegebenenfalls diese ungenügende Auslastung der Ausbildungskapazität der DB mit ihren eigenen Bemühungen zur Lösung des Problems der Jugendarbeitslosigkeit, und durch welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung, die Ausbildungskapazität bei der DB voll auszuschöpfen?
100.	Abgeordneter **Walther** (SPD)	Trifft es zu, daß beim Ausbesserungswerk der Deutschen Bundesbahn in Kassel nur etwa 50 % der vorhandenen Berufsausbildungskapazitäten ausgelastet sind, und was gedenkt die Bundesregierung gegebenenfalls dagegen zu tun, um diesem Zustand abhelfen?
101.	Abgeordneter **Walther** (SPD)	Trifft es zu, daß der Unglücksfall mit Todesfolge, der sich am 24. April 1977 auf dem Edersee ereignete, dadurch hätte vermieden werden können, daß der zuständigen Rettungsstelle der Gebrauch eines Motorboots gestattet gewesen wäre, und ist die Bundesregierung nach diesem Vorfall bereit, den Einsatz von Motorbooten für Rettungszwecke auf dem Edersee zu genehmigen?
102.	Abgeordneter **Schreiber** (SPD)	Sieht die Bundesregierung nach dem Betriebsunfall auf der Bohrinsel Bravo die Notwendigkeit, daß auf den Bohrinseln vor den Küsten der Bundesrepublik Deutschland zusätzliche technische Vorkehrungen bzw. zusätzliche Betriebs- und Sicherheitsbestimmungen vorgenommen werden müssen?

103. Abgeordneter **Schreiber** (SPD)	Sind die für eine „Ölpest" vor den deutschen Küsten vorgesehenen Katastrophenpläne ausreichend, um eine „Ölpest" des Ausmaßes – wie durch den Unfall auf der Bohrinsel Bravo entstanden – erfolgreich bekämpfen zu können?
104. Abgeordneter **Dr. Schöfberger** (SPD)	Welche Ergebnisse hat die Bundesregierung bei den Verhandlungen mit dem italienischen Verkehrsministerium am 23. und 24. Februar 1977 über eine Erhöhung des Kontingents im Straßengüterverkehr erzielt?
105. Abgeordneter **Dr. Schmitt-Vockenhausen** (SPD)	Ist es richtig, daß die Deutsche Bundesbahn die Absicht hat, ihre Gleisführung innerhalb des Stadtbezirks Mörfelden zu begradigen, und wie beurteilt sie diese Maßnahmen unter dem Gesichtspunkt, daß damit die bereits bestehende große Lärmbelästigung in Höhe von 87 bis 88 dB (A) um mindestens weitere 3 dB (A) erhöht wird?
106. Abgeordneter **Wolfgramm (Göttingen)** (FDP)	Hält die Bundesregierung die präfentiven Sicherheitsmaßnahmen bei nationalen Ölbohrungsvorhaben insbesondere auf offener See und für unter deutscher Flagge fahrende Öltanker für ausreichend, und welche Maßnahmen will sie ergreifen?
107. Abgeordneter **Wolfgramm (Göttingen)** (FDP)	Sind nach Ansicht der Bundesregierung Maßnahmen – und gegebenenfalls welche – im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit erforderlich, um den in letzter Zeit sich häufenden Ölunfällen auf dem Meer entgegenzuwirken und in Katastrophenfällen eine Schadensregulierung nach dem Verursacherprinzip sicherzustellen?
108. Abgeordneter **Dr. Köhler (Wolfsburg)** (CDU/CSU)	Ist der Bundesregierung der menschenunwürdige und unhygienische Zustand der sanitären Anlagen auf der Bundesautobahnraststätte Helmstedt-Süd bekannt, der darin besteht, daß die vom nationalen und internationalen Berlin-Verkehr völlig überlasteten WC-Einrichtungen seit Jahren dem Verfall überlassen sind, und ist die Bundesregierung im Interesse des Berlin-Verkehrs und im Interesse von Hygiene und eines zivilisatorischen Mindeststandards bereit, auf den geeigneten Wegen, insbesondere durch Einflußnahme auf die Gesellschaft für Nebenbetriebe und das Staatshochbauamt I, Hannover, für schnelle und angemessene Abhilfe zu sorgen?
109. Abgeordneter **Dr. Wittmann (München)** (CDU/CSU)	Wann ist mit der Fertigstellung der einzelnen Bauabschnitte der Autobahn München-Deggendorf und dessen Gesamtprojekt zu rechnen?
110. Abgeordneter **Hoffie** (FDP)	Wieviel Disziplinarverfahren hat die Bundesregierung zu welchem Zeitpunkt auf Grund der Bummelaktion der Fluglotsen von 1973 eingeleitet, und in welchem Umfang konnten diese Verfahren bis heute zum Abschluß gebracht werden?
111. Abgeordneter **Hoffie** (FDP)	Wie ist der Verfahrensstand bei den noch laufenden Disziplinarverfahren gegen Fluglotsen, und wann ist mit deren Abschluß voraussichtlich zu rechnen?

112. Abgeordneter **Hoffie** (FDP)	Wie steht die Bundesregierung zu den in der Öffentlichkeit häufig erhobenen Vorwürfen, sie würde die Abwicklung der Verfahren nicht mit dem gebotenen Nachdruck und schnell genug betreiben?
113. Abgeordneter **Hoffie** (FDP)	Zu welchen Ergebnissen haben die bisher abgeschlossenen Verfahren geführt, und wie beurteilt die Bundesregierung deren Ausgang?
114. Abgeordneter **Schröder (Lüneburg)** (CDU/CSU)	Wann beabsichtigt die Deutsche Bundespost eine Erhöhung der Grundgebühren für Telefonbenutzer vorzunehmen bzw. der Bundespostminister eine solche zu empfehlen?
115. Abgeordneter **Regenspurger** (CDU/CSU)	Was gedenkt die Bundesregierung gegen die Schwierigkeiten zu tun, die sich bei der Übernahme von Laufbahnbewerbern und Aufstiegskräften in den mittleren Postfachdienst ergeben, um diese geprüften Aufstiegsbeamten vom einfachen in den mittleren Dienst zu übernehmen?
116. Abgeordneter **Erhard (Bad Schwalbach)** (CDU/CSU)	In welchem Umfang sind 1975 und 1976 Schadensersatzanforderungen für verlorengegangene Einschreibesendungen in die Sowjetunion geltend gemacht und Schadensersatz von der Deutschen Bundespost gezahlt worden?
117. Abgeordneter **Erhard (Bad Schwalbach)** (CDU/CSU)	Hat die Deutsche Bundespost den von ihr zu leistenden Schadensersatz gemäß den Bestimmungen des Weltpostvertrags von der Postverwaltung der Sowjetunion zurückgefordert, wenn nein, warum nicht?
118. Abgeordneter **Ey** (CDU/CSU)	Ist der Bundesregierung bekannt, daß in vielen Gebieten der Bundesrepublik Deutschland die Deutsche Bundespost für Fernsprechneuanschlüsse wirbt, besonders für ältere Menschen, daß dann aber nach Antragstellung der Bescheid ergeht an den Antragsteller, er müsse wegen der noch fehlenden Verkabelungsvoraussetzungen noch eine erhebliche Zeit warten und zwar bis zu einem Jahr?
119. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU)	Ist es richtig, daß die Deutsche Bundespost das Ortsnetz der Gemeinde Neusorg, Landkreis Tirschenreuth, künftig nicht mehr im amtlichen Fernsprechbuch 24 – Oberpfalz/Niederbayern –, sondern im Fernsprechbuch 23 – Oberfranken – führen will, und wird die Bundesregierung bei der Festlegung und Veröffentlichung der Ortsnetze der Deutschen Bundespost künftig dafür Sorge tragen, daß Landkreis- und Regierungsbezirksgrenzen beachtet werden?
120. Abgeordneter **Seefeld** (SPD)	In wieviel Fernsprechortsnetzen ist von der Deutschen Bundespost inzwischen die Notrufnummer 110 geschaltet worden, und bis wann ist mit der Schaltung in den noch ausstehenden Ortsnetzen zu rechnen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

121. Abgeordneter **Menzel** (SPD)

Hält die Bundesregierung es mit Sinn und Ziel des Bergarbeiterwohnungsbaugesetzes bzw. des sozialen Wohnungsbaus für vereinbar, daß Arbeitgeber die Freigabe von mit Bundestreuhandmitteln errichteten Wohnungen für die Belegung mit nicht nach dem Bergarbeiterwohnungsbaugesetz Wohnungsberechtigten davon abhängig machen, daß der vorgesehene Mieter dem Arbeitgeber ein Darlehen in Höhe des noch auf der Wohnung liegenden Arbeitgeberdarlehns – zu den Bedingungen zu denen dieses gewährt wurde – gibt, und strebt die Bundesregierung – für den Fall, daß die bestehende Rechtslage dies zuläßt – eine Änderung der gesetzlichen Bestimmungen an, die ein solches Vorgehen unterbindet?

122. Abgeordneter **Dr. Köhler (Duisburg)** (CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung die in der Neubaumietenverordnung vorgesehene Regelung, wonach die Kosten für den Betrieb zentraler Heizungsanlagen nach der Wohnfläche der beheizten Räume ohne Berücksichtigung des Mehr- oder Minderverbrauchs des einzelnen Mieters umgelegt werden können, und die Tatsache, daß die gemeinnützigen Wohnungsunternehmen von dieser Form der Heizkostenabrechnung in großem Umfang Gebrauch machen, für geeignet, zu einem sparsameren Energieverbrauch beizutragen, und wenn nein, welche Folgerungen wird sie daraus ziehen?

123. Abgeordneter **Dr. Köhler (Duisburg)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, darauf hinzuwirken, daß von der in der Neubaumietenverordnung gleichfalls vorgesehenen Möglichkeit, bei der Abrechnung der Heizkosten Meßgeräte einzusetzen, die den individuellen Verbrauch berücksichtigen, verstärkt Gebrauch gemacht wird?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

124. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)

Trifft die Meldung des Spiegel vom 11. April 1977, Seite 23, zu, wonach „seit gut einem Monat Quasi-Botschafter Gaus angewiesen ist, über DDR-Bürger und ihre Anliegen keine Fragebogen mehr auszulegen", und wenn ja, wie ist das mit der Schutzpflicht für deutsche Staatsangehörige in Einklang zu bringen?

125. Abgeordneter **Niegel** (CDU/CSU)

Was hat die Bundesregierung unternommen, um Ost-Berlin zur Rücknahme der Einreiseverweigerung für den Lyriker Siegmar Faust zu veranlassen, durch die er daran gehindert werden sollte, an der Beisetzung seines Vaters in Dresden teilzunehmen, und wird die Bundesregierung die Belgrader Konferenz zur Überprüfung der Ergebnisse von Helsinki zum Anlaß nehmen, um auf derart eklatante Verstöße des SED-Regimes gegen die dort eingegangenen Verpflichtungen hinzuweisen?

126. Abgeordneter **Böhm** (Melsungen) (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, erneut öffentlich darauf hinzuweisen, daß die Bezeichnung „Kleiner Grenzverkehr" für die Tagesaufenthalte in der DDR sachlich falsch ist, weil unter „Kleinem Grenzverkehr" in aller Welt das spontane Hin und Her von Menschen ohne bürokratisches Antragsverfahren verstanden wird und davon die Verhältnisse an der innerdeutschen Grenze weit entfernt sind?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

127. Abgeordneter **Wüster** (SPD)

Trifft es zu, daß bei dem Berechnungsmodus des Berufsbildungsberichts – wie von Baethge festgestellt – die Jugendlichen aus früheren Schulentlassjahren, die in der Berufsbildungsstatistik der Bundesanstalt für Arbeit ca. 1/3 der Ratsuchenden ausmachen, nicht enthalten sind, und will die Bundesregierung diese Gruppe gegebenenfalls in künftigen Berichten statistisch erfassen?

128. Abgeordneter **Voigt (Frankfurt)** (SPD)

Mit welchen Maßnahmen beabsichtigt die Bundesregierung, in den kommenden Jahren berufsbegleitende Studienmöglichkeiten auszuweiten und die Entwicklung berufsbegleitender Studiengänge und von auch auf die Berufserfahrung der Studierenden abgestimmten Curricula zu fördern?

129. Abgeordneter **Dr. Steger** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung den vom Berliner Wissenschaftler Peter Grottian prognostizierten Überschuß von Akademikern auf dem Arbeitsmarkt, und welche Konsequenzen ist sie bereit, daraus als Fortführung ihrer bildungspolitischen Reformstrategie zu ziehen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit

130. Abgeordneter **Glos** (CDU/CSU)

Treffen die in der Passauer Neuen Presse vom 6. April 1977 geäußerten Vermutungen zu, der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Frau Marie Schlei, habe im Zusammenhang seiner Afrikareise auch den Führer der SWAPO, Herrn Sam Nujoma, getroffen, und – bejahendenfalls – welche Zusagen wurden Herrn Nujoma seitens des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit gegeben?

Bonn, den 29. April 1977